

Felix G. Binn

Konsequenter

Monetarismus —

ein Weg zur Marktwirtschaft
ohne Inflation und Arbeitslosigkeit

mtg

Sonderausgabe der Zeitschrift mtg Nr. 32

mtg

mensch · technik · gesellschaft
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Herausgeber

Stiftung für Persönliche Freiheit
und Soziale Sicherheit –
Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts –
in Zusammenarbeit mit der
Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. Hamburg

Redaktion

Bernd Hasecke
Lucasstr. 1, Ruf (02120) 56 53
5620 Veibert-Neuves 15
Claas-Hermann Jannssen (Währung und Konjunktur)
Bernd Hasecke (Allgemeine Sozialökonomie)
Kurt Th. Richter (Herstellung)

Redaktionsbeirat

Heinz-Peter Neumann
Bernhard Hamelbeck
Karlheinz Jetzke
Hans Hoffmann, Schweiz
Hans Hofbauer, Österreich

Verwaltung

Stiftung für Persönliche Freiheit
und Soziale Sicherheit
Redderblock 58, Ruf (040) 678 39 24
2000 Hamburg 73

Bankverbindung

Hamburger Sparkasse 1017/247 618
(BLZ 200 505 50)
Postscheckkonto Hamburg 922-200
in der Schweiz: Postscheckkonto Bern 30-30776

Bezugspreis

Im Jahresabonnement DM 12,–
Einzelheft plus Porto DM 4,–
Jahresbezugspreis für ausländische mtg-Leser
Belgien bfrs 145,–
Großbritannien (Pfund) 1,35
Luxemburg luxfrs 145,–
Österreich OS 74,–
USA (US Dollar) 3,50
Frankreich FF 16,50
Kanada (can. Dollar) 3,50
Niederlande hfl 10,–
Schweiz sfrs 12,–

Erscheinungsweise dreimal jährlich

Satz und Druck

Druckerei M. Siemen, Hamburg

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient uns zum Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen.

© Copyright 1976 by

Stiftung für Persönliche Freiheit
und Soziale Sicherheit
(Hamburg)

Prof. Dr.
Felix G. Binn

Konsequenter Monetarismus —

**ein Weg zur Marktwirtschaft
ohne Inflation und Arbeitslosigkeit**

Die nachfolgenden Ausführungen wurden 1976 auf der Mitgliederversammlung der SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFT von 1950 e.V. in Hannover gemacht und auf Einladung des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Clubs – SCHAFFER-CLUB BONN – im Hause des Bayrischen Staatsministers in Bonn in leicht geänderter Form wiederholt. Die Diskussionsbeiträge folgten auf den letzten Vortrag.

F. G. Binn ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik im Gesamthochschulbereich Düsseldorf an der FH Niederrhein, Fachbereich Wirtschaft in Mönchengladbach und Vorsitzender der SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFT von 1950 e.V. Hamburg.

Gliederung

1.0 Ausgangssituation

- 1.1 Das Krisenbild westlich-kapitalistischer Volkswirtschaften
- 1.2 Die Situation in England und Deutschland vor Keynes

2.0 Die Keynes'sche Analyse

- 2.1 Die Gesamtnachfrage
- 2.2 Investitionen — ihr Anfang und Ende
 - 22.1 Die Liquiditätsfalle
 - 22.2 Kreislauftheoretische Aspekte

3.0 Die Therapie nach Keynes

- 3.1 Die Politik der Staatsaufträge bei Staatsverschuldung
- 3.2 Die Politik des billigen Geldes
- 3.3 Die Politik der Anreize

4.0 Die Auswirkungen

- 4.1 Das alte konjunkturelle Wechselspiel: Die Aktion des Investors und die Reaktion der Zentralbanken
- 4.2 Die neue Situation: Stagflation
- 4.3 Die wirtschaftspolitische Gesamtbilanz zu Lasten von Keynes

5.0 Eine Analyse im Nachhinein

- 5.1 Die Schwierigkeit der Situationsanalyse
- 5.2 Der Time-lag
- 5.3 Die Problematik der Geldmengensteuerung
- 5.4 Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes
- 5.5 Der veränderte Gewerkschaftseinfluß

6.0 Die innere Widersprüchlichkeit unserer Geldverfassung

7.0 Die heutige Wirtschaftspolitik

- 7.1 Die Vorläufer
- 7.2 Die aktuelle Situation

8.0 Was bleibt für den konsequenten Monetarismus?

9.0 Die Ergänzung der Geldangebotspolitik durch eine marktwirtschaftlich orientierte Geldnachfrageliberalisierung

10.0 Eine Volkswirtschaft ohne Inflation und Arbeitslosigkeit

11.0 Diskussionsbeiträge

1.0 Ausgangssituation

„The basic problem of poverty and growth can be stated very simply: The growth is not equitably reaching the poor. And the poor are not significantly contributing to growth.“

Robert S. Mc Namara
Nairobi, Kenya 1973

(Übers. S. 31)

1.1 Das Krisenbild westlich-kapitalistischer Volkswirtschaften

Die ständige Wiederholung des gleichen Vorganges suggeriert uns, daß er unabwendbar ist. Wenn wir oft genug naß wurden, oft genug die Grippe und das Zipperlein gespürt haben, fragen wir nicht mehr: Können wir den Regen nicht abstellen?, sondern nur noch: Wie können wir ihm uns möglichst gefahrlos anpassen?

Wenn es ohnehin regnet, ist auch Sinnieren über die Ursachen müßig. Bestätigt uns noch eine „vektorielle Wissenschaft“ in unserer Vermutung, so sind wir der Apathie ausgeliefert; wir fügen uns.

Mit dieser Haltung, meine Damen und Herren, geht der größte Teil unserer Bevölkerung an die Erscheinung der periodisch wiederkehrenden Krisen heran.

Wir kennen Krisen seit ca. 100 Jahren, von früheren Ausnahmen einmal abgesehen. Sie sind der Tribut für den permanenten Versuch, einer ca. 4000 Jahre alten Geldverfassung eine neue industrielle und arbeitsteilige Wirtschaftsweise anzupassen.

Die Krise ist gekennzeichnet durch Unsicherheit im ökonomischen Erwartungshorizont, durch Abwarten und Aufschieben ökonomischer Betätigung. Das bezieht sich auf den Konsum, auf die Nutzung von maschinellen und sonstigen Produktionsanlagen auf die Nutzung von Leihkapital und die Verwendung von Arbeitern.

Menschen wollen arbeiten und dürfen nicht, sie wollen konsumieren und können nicht, oder sie wagen es nicht. Es entsteht eine Angstkette von Abhängigkeiten: Der Unternehmer ist abhängig von den Zinsinteressen des Finanzkapitals, außerdem von den Lohninteressen der Gewerkschaften. Diese wiederum leben in Angst vor der Unternehmerentscheidung, Arbeitsplätze zu schließen, wenn sich die Unternehmertätigkeit nicht mehr lohnt.

Anders ist die Lage im Boom. Hier werden Käufe und Entscheidungen über Konsum und Kredit, über Neueinstellungen und Investitionen schnell und leicht getroffen. Es gilt, am großen Gewinn teilzuhaben und die scheinbar nicht zu sättigende

Nachfrage der Konsumenten zu befriedigen. Statt zu verkaufen wird verteilt! Die roten Zahlen in der Gewinn- und Verlustrechnung weichen den schwarzen. Von Kurzarbeit geht man zum Ein-, Zwei-, ja, Dreischichtbetrieb über. Stress und Pfscharbeit sind bekannte Begleiterscheinungen. Anwerbung in Südeuropa, Kinderarbeit und Hausfrauenjobs werden aktuell. Die Konjunktur ist überhitzt, das Preisniveau klettert und die Lohnforderungen hinterher.

Es ist bezeichnend, daß die Ökonomen die Sprache der Meteorologen angenommen haben, wenn sie konjunkturelle Sachverhalte schildern. Die Geldmenge in der Volkswirtschaft bildet „sich“, wie die Kumuluswolken. Die Konjunktur entwickelt „sich“, wie ein Tief über Island oder ein Hoch über den Azoren. Der Konsum-Klima-Index wird mit winterlichen Temperaturen im Mai verglichen.

Hier lastet auf den Sprach- und damit Denkgewohnheiten die Hypothek der naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise des 19. Jahrhunderts auf der Volkswirtschaftslehre.

Der Industrie-Kapitalismus ist ein kranker Stamm. In seiner 200jährigen Geschichte wurden ihm von den verschiedenen Gärtnern neue Triebe okuliert. Er hat sie alle infiziert, und sie siechen dahin.

Oder möchte jemand im Ernst behaupten, die soziale Marktwirtschaft habe uns das Goldene Zeitalter gebracht, oder die Zentralverwaltungswirtschaft? Auch der Interventionismus nach Keynes, der seit ca. 1940 praktiziert wird, hat nicht gehalten, was man sich von ihm versprach. In Leserbriefen wird die Frage aufgeworfen, welchen Zweck eine Volkswirtschaftslehre hat, die heute im gesamten westlichen Ausland deutliche Zeichen des Versagens registrieren muß.

„Das ist der Punkt, an dem zu fragen ist, ob die Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft am Ende ist. Kann man diese verschwenderische Vergeudung von Intelligenz noch ‚wissenschaftlich‘ tätig nennen, einer Intelligenz, die Jahre damit verbringt, der Literatur ein weiteres Eckchen anzufügen, das der benachbarte Spezialist vielleicht noch versteht?“¹⁾

Gemach, gemacht, lieber Studiosus, möchte man antworten. Hier ist die Redensart von dem Kinde angebracht, welches man nicht mit dem Bade ausschütten soll.

1.2 Die Situation in England und Deutschland vor Keynes

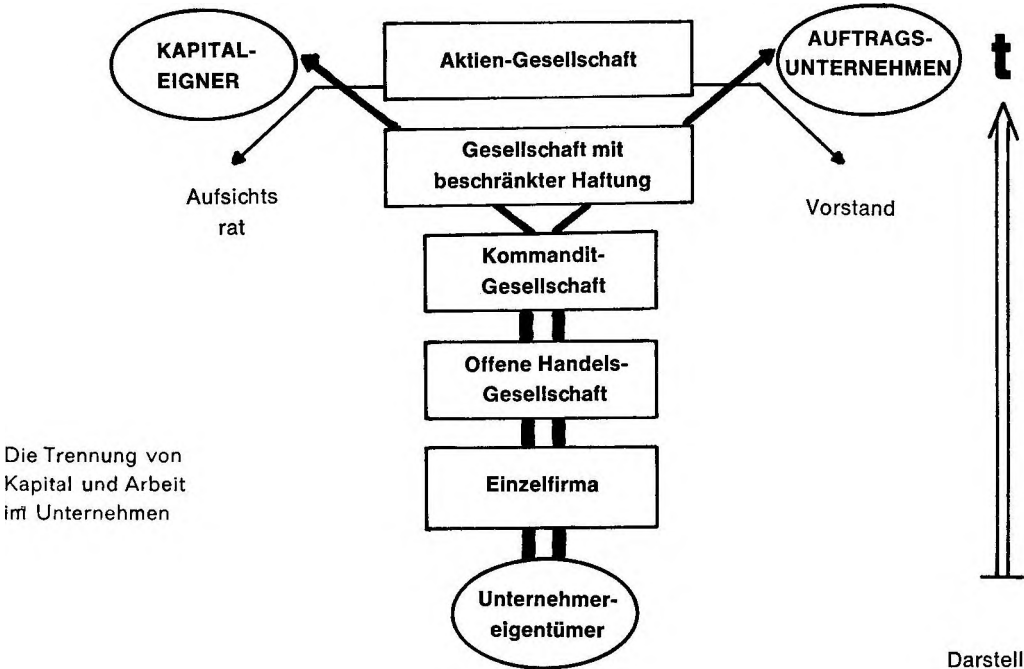
John Maynard Keynes analysierte den Boom und die Krise aus seiner Perspektive als englischer Bankier. Er stellte Betrachtungen an über das Geldwesen im allgemeinen und besonderen und

Vergleiche J. M. Keynes: Allgemeine Theorie des Geldes, der Beschäftigung und des Zinses 1936

Situation			
Boom		Krise	
Analyse			
kumulierte, staatliche + private Nachfrage		kumulativer A u s f a l l staatlicher und privater Nachfrage	
Therapie			
Verminderung der staatlichen Aktivität	Staats- interventionismus durch		
	Deficit- spending- Policy	Politik des billigen Geldes	An- reiz- politik

Analyse und Therapie nach Keynes

Darstellung 1



Darstellung 2

versuchte, final sein Ziel zu erreichen, die Geldpolitik zur Dienerin der Vollbeschäftigung zu machen. Dabei entwickelte er selbst die Alternativen: Entweder wir behalten diese Geldverfassung und müssen dann die zweitbeste Lösung akzeptieren, oder wir ändern unser Geldsystem radikal; (lat. radex = die Wurzel). Keynes und seine Nachfolger entschieden sich bis heute für die zweitbeste Lösung.

Auslöser für die Überlegungen war die fast permanente Arbeitslosigkeit in England. Sie begann mit technologischer Arbeitslosigkeit. In 27 Jahren stieg von 1813–1830 die Zahl der mechanischen Webstühle von 100 auf 60 000. In 32 Jahren vollzog sich die Entwicklung von der Dampfmaschine (1768) zum Diesel- und Elektromotor (um 1900), um nur einige Beispiele zu nennen.

Eine starr an Golddeckungsvorschriften gebundene Währung erzwang einen Zahlungsbilanzausgleich nur über Produktionsdrosselung und Lohndruck. Hinzu kam, daß die Kapitalrendite in neu eroberten Kolonien meistens höher war, als im Mutterland. Von da her war auch nicht mit einer Steigerung der ohnehin knappen industriellen Arbeitsplätze zu rechnen. Die Krise von 1919 bis 1924 verunsicherte die englische Bevölkerung ähnlich, wie die Inflation von 1919–1924 und die Deflation von 1929–1933 die deutsche. Der Acker für die Saat à la Keynes war gut vorbereitet.

2.0 Die Keynes'sche Analyse

2.1 Die Gesamtnachfrage (vgl. Darst. 1)

Hier wurde der Boom in die kumulierte private und staatliche Nachfrage unterteilt. Die Krise wurde hervorgerufen durch den kumulierten Ausfall eben dieser Nachfrage. Die privaten Geldgebrauchs- und -mißbrauchsmöglichkeiten sollten nicht angetastet werden. Unter diesen Umständen konnte nur der staatliche Teil der Nachfrage für die Bekämpfung der Krise eingesetzt werden. Hier nimmt der Gedanke seinen Anfang, Geld könne sozialen Zwecken dienen.

2.2 Investitionen — Ihr Anfang und Ende

Investition ist die Umwandlung liquider Mittel durch den Eigentümer oder einen Legitimierten in Sachkapital mit der Absicht, dieses im Produktionsprozeß zur Gewinnmaximierung einzusetzen.

Für die nachfolgenden Überlegungen trennen wir begrifflich den Kapitalgeber vom Unternehmer. (vgl. Darst. 2). Der Unternehmer unternimmt etwas. Er koppelt den Produktionsfaktor Arbeit mit

den Produktionselementen Boden und Kapital, um die Keynes'sche Ausdrucksweise zu gebrauchen. Der Kapitaleigner ist mit dem Wirtschaftsprozess nur durch die Kapitalhingabe verbunden. Er trägt das Verlustrisiko und ist an der Verzinsung interessiert. Zins wird verstanden als vertragsbestimmtes Einkommen aus Kapital ohne eigene Arbeit.²⁾ Kapital ist zinstragendes Eigentum. *)

Der Unternehmer existiert in zwei Formen. Er kann Unternehmereigentümer oder Auftragsunternehmer sein. In jedem Falle ist er mit dem Wirtschaftsprozess eng verbunden. Für seine Tätigkeit beansprucht er den Unternehmerlohn. Er ist am Gewinn interessiert als einer nicht vertragsbestimmten Restgröße.

Unter der Voraussetzung, daß in einer unentwickelten Volkswirtschaft Geld- und Sachkapital knapp sind, muß der Zins als Preis für die Kapitalnutzung hoch sein.

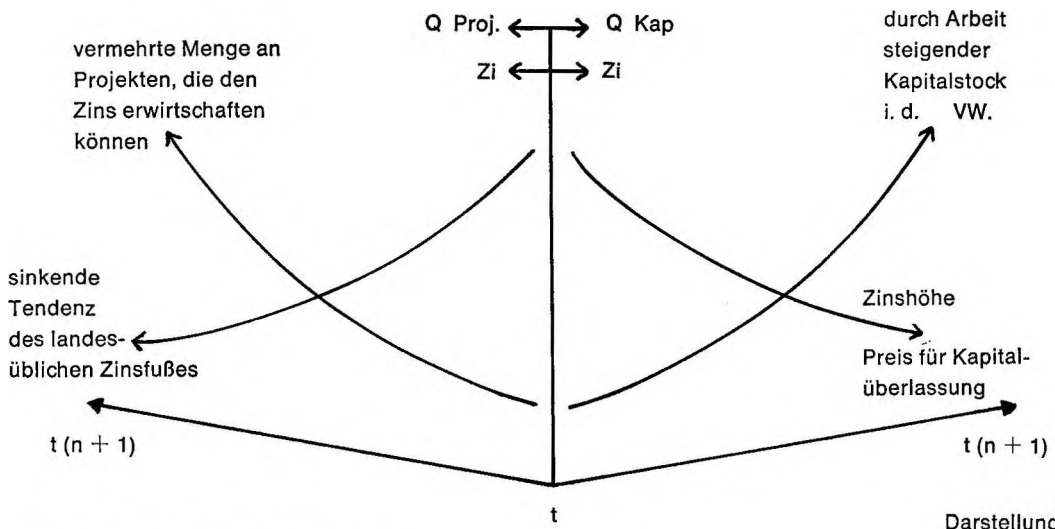
Der mittelalterliche Zinssatz von 30–40 % spiegelt diese Situation wieder.

Bei hohen Zinsen unterbleiben alle wirtschaftlichen Pläne, die nicht mehr als den Zins abwerfen. (vgl. Darst. 3). Für den Unternehmer bleibt dann weder der Unternehmerlohn noch eine Gewinnspanne. Es werden dann nur noch *die* Projekte in die Tat umgesetzt, die die größte Not stillen und somit hoch vom Verbraucher bezahlt werden. Die aus Arbeit, Enthaltensamkeit und Konsumverzicht fließende Sparquote und die Kapitalbildung bleibt im Laufe der Zeit nicht ohne Einfluß auf die Zinshöhe, denn reichlicheres Kapital bedeutet billigeres Kapital. Weitere Projekte werden in Angriff genommen, solche, die bislang liegen blieben, solche, die bei gesunkenen landesüblichen Zinsen dem Kapitalgeber zwar weniger, dem Unternehmer aber noch genug versprechen. In dieser Situation haben wir die regste wirtschaftliche Tätigkeit, die geringste Spannung zwischen Kapitalvergabe und Kapitalnachfrage, die beste Güterversorgung und die höchste Sparquote als Kind des Überflusses.

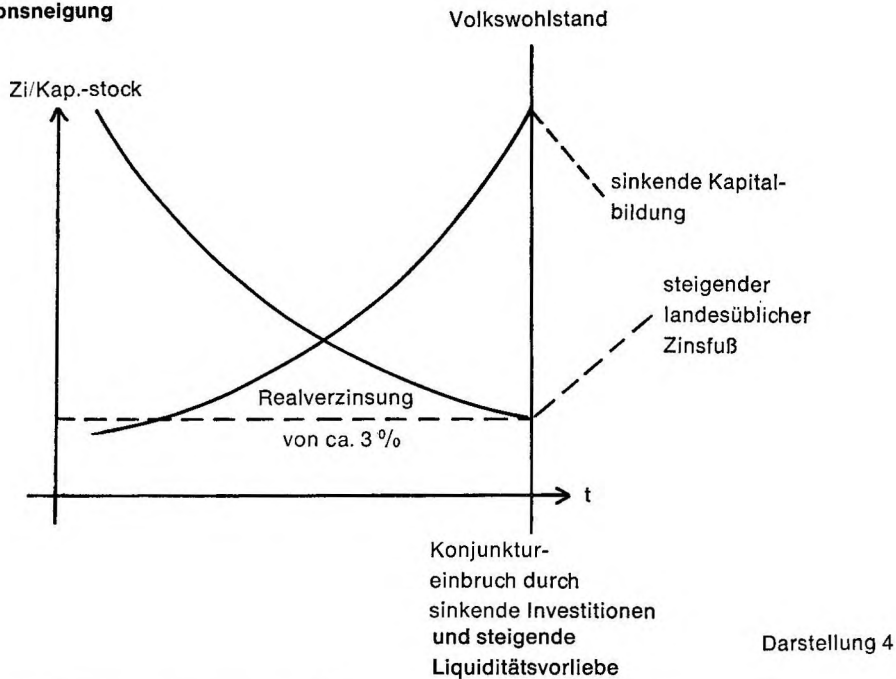
So, wie die Schlupfwespe ihr Ei im lebenden Organismus der Raupe ablegt und sie so zum Absterben verurteilt, so torpediert die Sparquote und die Kapitalbildung das System des mühelosen Zinsertrags (vgl. Darst. 4).

*) Ab 1929 bringt Meyer's Lexikon kommunistische Definitionen.

Die Abhängigkeit der Zinshöhe von der Kapitalbildung und die sich daraus ergebende Projektrealisierung



Auswirkungen der Kapitalverzinsung auf die Investitionsneigung



Im Gegensatz zur Raupe finden wir hier jedoch eine Art Abwehrmechanismus, der bei entsprechend tief gesunkenem Zinsfuß – Keynes schätzt ca. 3 % real – ein noch weiteres Absinken verhindert. Dem Kapitalgeber ist die Rendite zu gering und daraus können sich verschiedene Folgen ergeben:

Entweder investiert er in anderen Volkswirtschaften, oder er hortet. Horten ersetzt sozusagen das geschwundene Renditegefühl. Keynes spricht von der Vorliebe des Geldbesitzers, liquide zu sein und nennt dies die Liquiditätsvorliebe. Eine solche hat auch der verängstigte Lohnabhängige, wenn er sein Geld festhält aus Angst vor der Zukunft.

22.1 Die Liquiditätsfalle

„Kapital hat das Herz eines Hasen, die Beine eines Rennpferdes und das Gedächtnis eines Elefanten.“

Ex-Ministerpräsident Pella, Italien

Individuell mag Liquiditätsvorliebe ein angenehmes Gefühl sein, volkswirtschaftlich gesehen wirkt sie weniger positiv. Geld wird seiner eigentlichen Aufgabe entzogen. Es soll den Austausch von Gütern und Diensten bewerkstelligen, tut es aber nicht. Die Wirtschaft siecht dahin, wenn das Geld fehlt. Mag der Auftragsunternehmer noch Gewinnchancen sehen. Wenn der Auftragsgeber den Zinsertrag als zu niedrig empfindet, rührt sich keine Hand. Alle Räder stehen still, wenn das Kapital es will, könnte man in Abwandlung des Gewerkschaftsspruches sagen. Nach Keynes ist die Wirtschaft in der Liquiditätsfalle gefangen.

Auch eine Geldvermehrung durch die Notenbank vermag nicht mehr Geld für die Investition bereit zu stellen, denn es versickert sofort und fällt der Liquiditätsvorliebe zum Opfer.

Wir halten hier fest, daß dann, wenn die primitiven Bedürfnisse einer Volkswirtschaft befriedigt sind, wenn ein gewisser Wohlstand und Reichtum die Zivilisation gedeihen lassen, die Möglichkeit des Geldmißbrauchs den Übergang in die Kultur, in ein reicheres Geistesleben verhindert und die Krise einläutet. Fehlendes Geldkapital heißt fehlende Investition und fehlende Arbeitsplätze, um es auf eine Kurzformel zu bringen. Der Mangel an Finanzkapital zwingt im Laufe der Zeit zu Preiszugeständnissen in der Verzinsung. Jetzt beginnt die Enthorung, die Repatriierung des Kapitals, die Hingabe des Leihkapitals an den Unternehmer und die wirtschaftliche Erholung. Das Mißvergnügen arbeitender Menschen an einem solchen Regelkreis der Kapitalverzinsung braucht wohl nicht erläutert zu werden. Eine gleichmäßige oder steigende Bedürfnisbefriedi-

gung setzt bei allen Menschen eine ebensolche Bereitschaft und Möglichkeit zum Arbeiten voraus. Kein Arbeiter im weitesten Sinne ist daran interessiert, zur Arbeitslosigkeit auch noch den Mangel in Kauf nehmen zu müssen.

Die Gleichung muß lauten: Konsumieren wollen gleich produzieren wollen gleich arbeiten dürfen!

22.2 Kreislauftheoretische Aspekte

Eine weitere Überlegung bringt uns dazu, den nervus rerum in seiner Bedeutung richtig einzuschätzen.

Die Volkswirtschaftslehre kennt den Güterkreislauf, der seine Quelle in der Arbeit und seine Endbestimmung im Konsum hat, um mit Adam Smith zu sprechen. Dazwischen liegt das Streben nach möglichst rationeller Verwendung der Produktionselemente. Je mehr uns das gelingt, umso dynamischer wird dieser Kreislauf. Schübe resultieren aus Erfindungen, epochale Veränderungen aus epochalen geistigen Leistungen, wie der Liberalismus eine darstellte. Im ganzen gesehen ist aber eher eine Stetigkeit in der Dynamik zu verzeichnen.

Dem Güterkreislauf entgegengesetzt verläuft der Geldkreislauf. Hier Waren, hier Geld! Könnten wir seinen Fluß qualitativ und quantitativ dem des Güterkreislaufs anpassen, bestünden keine Reibungsmöglichkeiten. Hektische Aktionen und Reaktionen wären einem solchen System fern.

Aber bereits die Liquiditätsvorliebe beeinflusst vom Gelde her den Güterkreislauf. Sie ist durch unser hamsterfähiges Geld vorprogrammiert. Alles Geld kauft plötzlich nicht mehr alle Waren. Geld liegt ungenutzt auf Bankkonten oder unter Matratzen. Keiner gibt es her oder will es borgen, will es auch nicht volkswirtschaftlich sinnvoll einsetzen, indem er Konsum- oder Investitionsgüter kauft. Geldmangel ist die Ursache, Nachfrageausfall bzw. Überproduktion die Folge. Marx macht hier mit seiner Krisentheorie die Folge zur Ursache. Als wären wir alle Mönche geworden und hätten keine Wünsche mehr! Am Gelde mangelt es!

Im Boom stimmt unsere Gleichung, daß alles Geld alle Ware kaufen solle, auch nicht. Die nächste Preissteigerung ahnen und vermeiden wollen, hat den schnelleren Kaufentschluß zur Folge. Ich kaufe heute, morgen wird's teurer! lautet die Devise. Fleißigeres Geld gleich kaufkräftigeres Geld bei gleichbleibendem bzw. abnehmendem Güterangebot. Die Preise eskalieren. Der gestörte Geldkreislauf stempelt den Güterkreislauf und wieder umgekehrt. Ein Un-Regelmechanismus entsteht.

3.0 Die Therapie nach Keynes

3.1 Öffentliche Auftragswirtschaft und Staatsverschuldung

"Though this be madness, yet there is method in it."
Shakespeare: Hamlet 2,2

Der vorher entwickelte Gedanke von der Kapitalbildung durch Arbeit über Sparen gilt primär für Sachkapital. Solange Geldkapital natürlich knapp war und aus Gold bestand, hatten wir eine tendentielle Deflationssituation, weil die seltenen Goldfunde mit dem Arbeitsfleiß nicht Schritt halten konnten und Gold außerdem gehortet wurde. Die Menschen sahen doch seine Wertsteigerung klar voraus! Im Golde verkörperte sich daher der Wertmaßstab in nuce. Zur natürlichen Knappheit des Goldes trat die induzierte. Der Wirtschaft drohte die finanzielle Strangulation. Engels schreibt hierzu:

"... aber indem die Menschen das Geld erfanden, dachten sie nicht daran, daß sie damit wieder eine neue gesellschaftliche Macht schufen . . . ³⁾, und er fährt fort: „Die Ware der Waren war entdeckt, das Zaubermittel, das sich nach Belieben in jedes gewünschte Ding verwandeln kann. Wer es hatte, beherrschte die Welt der Produktion . . .“ ⁴⁾

Die Abkehr vom Golde brachte schrittweise die manipulierte Papiergeldwährung. Hiermit konnte man erstmalig die Nachfrage, wie in der Analyse dargelegt, durch Verschiebung des Staatsanteils steuern bzw. ausgleichen. Im Boom diente sie als Dämpfer, im Krisenfall als Stimulator.

Hielten die Privaten in der Krise das Geld fest, dann sollte der Staat mit Aufträgen für Schulen, Straßen, Kanälen usw. einspringen. So sollte der Alptraum der Arbeitslosigkeit bei den Unselbständigen und der Absatzstockung bei den Unternehmern beseitigt werden. So wünschte man sich dann Sturmfluten möglichst in Zeiten der Krise, wie 1975, wenn sie schon unvermeidlich waren. Da aber auch der Staat ohne Geld nicht nachfragen kann, blieb das Problem der Geldbeschaffung. Keynes empfahl die Staatsverschuldung.

Hier standen wohl zwei Absichten Pate. Die Kredite des Staates wurden über Geldschöpfung der Notenbank beschafft. Die Liquiditätsfalle existierte für ihn nicht. Außerdem waren Kapitalkosten, anders als bei Privatunternehmern, sekundär, denn Gewinne waren nicht beabsichtigt. Selbst steigende Zinsen schlossen eine ökonomische Aktivität des Staates nicht aus.

Ferner rechnete man damit, die Verschuldung während der Krise durch reichlichere Steuereinnahmen im Boom abbauen zu können. Ein Wunschtraum, wie wir heute wissen.

Der andere Weg, im Boom eine Art Juliturm zu bilden, der in der Krise nachfragefördernd eingesetzt werden konnte, ist nicht in Betracht gezogen worden, auch nicht, die Staatsverschuldung inflationsneutral über Anleihen oder Steuern zu finanzieren. Wie hätte man eine kranke Kuh auch melken können?

3.2 Die Politik des billigen Geldes

„Eine Nation gedeiht niemals besser, als wenn das Geld schnell von Hand zu Hand geht.“

Sir Dudley North: Discourse upon Trade 1691

Die Inflation wurde bewußt in Kauf genommen. Die Senkung des Zinsniveaus konnte dem Unternehmer nur recht sein. Seine Kostensituation wurde erleichtert, seine Nachfragebereitschaft nach Kapital erhöht, die Vollbeschäftigung schien gesichert. Niedrige Zinsen veranlaßten auch den Konsumenten zur Kreditaufnahme. So konnte die Produktion gekauft werden statt auf Lager zu liegen. Steigende Gewinne machten steigende Löhne möglich, beide Faktoren füllten den Steuersäckel, das Great Happiness Principle von Smith schien verwirklicht.

Die Wirtschaftssubjekte hatten bald herausgefunden, daß auf diese Weise auch der allgemeine Wertmaßstab verändert wurde. Sowohl der Schuldner, als auch der schnell entschlossene Käufer standen sich besser. Ein wesentlich schnellerer Handwechsel des Geldes war die Folge. Die bargeldlose Zahlungsweise beschleunigte die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes noch.

Da nach der Verkehrsgleichung des Geldes seine Menge multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit (U) die Kaufmöglichkeit ergibt, wurde diese nachfrageautonome Kaufkraftschöpfung nicht berücksichtigt.

Jeder, der nachfragt, erhöht, ohne danach fragen zu müssen, umso mehr die Nachfrage nach begrenzt verfügbaren Gütern, je schneller er sich von seinem Gelde trennt.

Das allein ist es, was Inflation schaffen kann, wenn die Kapazität voll ausgelastet ist und keine weitere Geldvermehrung stattfindet.

Man darf ja nicht vergessen: Produktionszuwächse werden konsumiert und verschwinden aus dem Wirtschaftskreislauf. Geldzuwächse kursieren potentiell dauernd. Sie sind als *ein* Faktor der Kaufmöglichkeit stets auf der Jagd nach Gütern und Diensten. Diese so gescheuchten, knappen Erzeugnisse flüchten sich auf ein höheres Preisniveau, wo sie nur von den wenigen mit der entsprechenden Kaufkraft erjagt werden können. Wir sprechen dann von der Eliminierungsfunktion der Preise. Inflation bleibt es trotzdem!

3.3 Die Politik der Anreize

Die Politik der Anreize ist ein Eingeständnis. Man gibt mit ihr zu, daß man die Achillesferse unserer Geldverfassung erkannt hat: Die Mißbrauchsmöglichkeiten unter dem Deckmantel des Freiheitsbegriffes. Wenn in der Liquiditätsfalle oder bei verunsicherten Konsumenten das Geld klebt und nicht umläuft, benutzen wir in der Vergangenheit den Trick mit der Inflation, die dem Gelde Beine machen sollte, oder aber den Apell an verordnete Gewinnaussichten. Ab und zu beides zusammen. Die Praxis der Stagflation hat auch diese Methode ad absurdum geführt.

4.0 Die Auswirkungen

4.1 Das alte konjunkturelle Wechselspiel

„Vernunft wird Wahnsinn, Wohltat Plage“

Goethe, Faust I

Ob man die Unordnung im Geldwesen der privilegierten *) Geldlibertinage des 18. bis 20. Jahrhunderts oder unserer heutigen Inflationspolitik zuschreibt, spielt letztlich keine Rolle. Jede dieser Situationen schwenkt in ca. 4 Jahren wieder in das konjunkturelle Spiegelbild um: Die Deflation in die Inflation und umgekehrt. (vgl. Abb. 2)

Bevor ich auf die Gegenwart zu sprechen komme, erinnere ich an einige Grundtatbestände und Definitionen. Nachfrage besteht aus umlaufenden Zahlungsmitteln. Inflation entsteht aus Kaufkraftüberhang, den die Produzenten trotz äußerster Anstrengungen bei ausgelasteten Kapazitäten nicht kurzfristig abbauen können. Geldmenge und U sind die Komponenten des Kaufpotentials. So, wie ohne Schnee keine Lawine denkbar ist, kann ohne eine erhöhte Geldmenge keine Inflation und keine Anhebung des Preisniveaus möglich sein. Wenn gestiegenen Preisen aber gestiegene Löhne folgen – oder umgekehrt – dann muß über Geldmengenzuwachs diese Spirale in Gang gesetzt worden sein, mehr noch, wenn sie dauern soll, muß sie auch so unterhalten werden! Eine steigende Lohnquote in der VW geht unbedingt zu Lasten der Restquote, aus der Bodenrente und Kapitalzins bedient werden. Eine steigende Lohnquote kann den volkswirtschaftlichen Kuchen nicht vergrößern.

In diesem Zusammenhang gelten für den Verteilungskampf zwei Kernsätze: Alle Räder stehen still, wenn das Kapital es will und

Wer Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus.

Ich bin mir der Wiederholung bewußt!

Damit ist die Vormachtposition derer, die nicht von der Hand in den Mund leben, eindeutig markiert. Verteilungsansprüche scheitern an der Be-

sitzstandswahrung, soll nicht die gesellschaftliche und politische Substanz gefährdet werden.

Kann güterwirtschaftlich nicht mehr verteilt werden, dann verteilt man eben geldwirtschaftlich mehr, d. h. auf die gleichgroß bleibende Gütermenge werden mehr Bezugsscheine ausgegeben. Nominal bekommt jeder mehr. Erst später stellt man fest, ob Geld zum Lotterieschein oder zur Niete geworden ist. In jedem Fall stimmt der Maßstab des Geldes, der Preise und ökonomischen Werte nicht mehr.

Man könnte hier an die Unabhängigkeit der Bundesbank denken! De jure besteht sie. Aber es heißt im § 12: Bundesbank-Gesetz, daß die Bank verpflichtet ist, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen.

Die defacto-Situation dürfte damit klar sein. „Gebt mir die Gewalt über die Währung eines Landes, und es ist mir egal, wer die Gesetze macht.“ Dieser Ausspruch stammt, wenn ich nicht irre, von Rothschild. Im Zeitalter der Gewaltenteilung liegt bei uns alles schön geteilt bei einer politischen Couleure. Der ehemalige LZB-Präsident v. Schelling formuliert „beim Geld hört die Gemütlichkeit, d. h. die Demokratie und die Gewaltenteilung auf.“ *)

Friedrich v. Hayek schreibt:

*„Entscheidend ist vielmehr, daß Regierungen, die an der Macht bleiben wollen, keine andere Wahl haben, als ihre Möglichkeiten zugunsten bestimmter Gruppen einzusetzen.“ *)*

Die Laissez-Faire-Geldpolitik der Zwischenzeit von 1968 bis 1973 hatte viele Ursachen.

1. die theoretische Absegnung der Inflation durch Keynes
2. die Übernahme der Geldpolitik in allen anderen westlichen Staaten
3. die aus Devisenüberschüssen importierte Inflation
4. die ihnen zu Grunde liegenden falschen fixierten Wechselkurse
5. die Erhöhung der Zentralbankgeldmenge
6. die Lockerung von Kreditbremsen bei den Geschäftsbanken
7. die Staatsausgaben, die im Gegensatz zur Keynes'schen Empfehlung im Boom nicht abnahmen
8. die überall sich ausbreitende Inflationsmentalität, die sich in einer steigenden Umlaufgeschwindigkeit bemerkbar machte.

Der gemeinsame Nenner war die Unordnung im Geldwesen.

*) private = rauben; lex = das Gesetz

In der Öffentlichkeit wuchs die Empfindlichkeit gegen weitere Preissteigerungen. Die Wohltat Vollbeschäftigung wurde zur Plage der Überbeschäftigung. Von der Teuerungsangst geplagte Konsumenten gaben uns eine Vorstellung von der Unendlichkeit der Bedürfnisse. Mit mehr als normal – d. i. 88–90 % – wurde die Produktionskapazität ausgelastet. Sie stieg auf fast 92 und sank 1975 auf 76,2 ab.

Der Konsumklima-Index, der die Kauflust der Konsumenten mißt, ging vom Basisjahr 1969 = 100 im Boom 1969 auf 105 und in der Krise 1974 auf 63.

Die Vollbeschäftigung mit fast 0 % wurde durch 10 % Arbeitslose und öffentlich Unterstützte abgelöst. Die Konkursquote stieg um das zweieinhalbfache und die Sparquote von 12 auf fast 15%⁷⁾. Die volkswirtschaftliche Investitionsquote – Anteil der Anlageinvestitionen am BSP – erreichte 1975 mit 23 % den tiefsten Stnd seit 20 Jahren. Der Durchschnitt der sechziger Jahre betrug knapp 26 %.⁸⁾

Wie gelang es uns denn, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, in diese Situation zu kommen? „Der monetäre Mantel wurde enger geschneidert,“ „die Bundesbank finanziert keine Preissteigerungen mehr“ (Klasen), war der Tenor. Über Diskontsatzserhöhung, Mindestreservenauffüllung, Wechselkreditkontingentierung und Bardepotpflicht erreichte man einen bewundernswürdig modisch-engen Mantel mit dazu passend großen Zins-Taschen für die gestiegenen Kapitalkosten. Unternehmer, die in Zeiten reichlichen und deshalb billigen Geldes im Vertrauen auf stetige Wirtschaftspolitik investiert hatten, sahen sich jetzt geprellt. Zinssteigerungen um fast 100% bei weiteren, wenn auch geringeren Lohnforderungen erzwangen unternehmerische Anpassungsvorgänge; so wollten wir unterlassene Investitionen und freigesetzte Arbeiter einmal nennen. Auch dem Unternehmer ist aus hedonistischen Gründen das betriebswirtschaftliche Hemd näher als der volkswirtschaftliche Rock. So erreichten wir den „Abbau der Übernachfrage,“ und zwar, wie aus den obigen Zahlen ersichtlich, in einem derart groben Maße, daß dieser enger geschneiderte Mantel zum Korsett wurde, in dem die Betroffenen – vornehmlich die Unternehmer – nur noch keuchend nach Luft ringen konnten.

Nichts mehr von den ökonomischen Luftsprüngen der Jahre zuvor, sondern wirtschaftliche Stagnation überall. Diese Situation war nicht weniger unerträglich als die, die man hatte bekämpfen wollen.

Das wirtschaftspolitische Kommando der Regierung lautete: Geldmenge erweitern!

4.2 Die neue Situation: Stagflation

„Unter den zahlreichen Plagen, die den Niedergang ganzer Reiche, Monarchien wie Republiken herbeiführen, sind nach meinem Dafürhalten die wichtigsten: Zwietracht, Seuche, Mißwuchs und Münzenverschlechterung. Die drei ersten liegen offen zu Tage, und es gibt niemanden, der sie nicht wüßte. Die vierte aber, die die Münze betrifft, wird nur von wenigen und nur von den Nachdenklichen beachtet, denn sie richtet die Staaten nicht in einem plötzlichen Anlauf zugrunde, sondern allmählich und gewissermaßen heimlich.“

1522 Kopernikus

Seit November 1973 bis heute wurde die Geldpolitik der Bundesbank an die Wirtschaftspolitik der Regierung angepaßt. Die Geschäftsbanken paßten sich auch an, die Zinssätze wurden angepaßt.

Von November 1973 bis November 1975 sanken lt. Bundesbankbericht die Durchschnittssätze für Kontokorrentkredite von 13,5 auf 7,5 %
für Wechselkredite von 13,25 auf 5,0 %
für Hypotheken von 10,5 auf 8,25 %
für Ratenkredite von 0,7 auf 0,35 %
monatlich

Hatte Keynes nicht gelehrt: reichlicheres Geld, billigeres Geld? Billiges Geld mehr Kreditaufnahme der Unternehmer und Konsumenten? Was die einen produzieren, kaufen die anderen? Produktion beseitigt die Arbeitslosigkeit?

Aus dieser Zielvorstellung wurde die Geldexpansion inszeniert. Iretwegen nahm man eine weitere Inflationswelle in Kauf, obwohl die alte noch nicht ganz abgeflaut war. 1971 glich 1975 mit dem Zinshoch von 1973! Weil man die Pferde brauchte, führte man sie zur Tränke.

Aber erstmalig wohl in der Wirtschaftsgeschichte sofften die Pferde nicht. Der ökonomische Erholungsprozeß trat nicht ein, weder wurde mehr investiert, noch mehr konsumiert, geschweige denn mehr Arbeitskräfte eingestellt.

Keynes war falsifiziert, und flugs wurde für dieses Phänomen ein neuer Fachausdruck erfunden: STAGFLATION. Die wieder in Kauf genommene Inflation schien zunächst ein Blindgänger zu sein, entpuppte sich dann aber als Rohrkrepierer. Man wollte mit der Wurst nach der Speckseite werfen und hatte jetzt nicht nur nicht die Wurst, sondern auch keine Speckseite.

„Die Keynesianische Revolution wird in diesen Tagen als eine recht begrenzte Antwort auf eine . . . Krise angesehen.“⁹⁾ Auch Hayek meint: „Deshalb hilft die Keynesische Therapie auch kaum, im Gegenteil: Sie verstärkt auf Dauer angewandt die Beschäftigungsprobleme.“¹⁰⁾

4.3 Die wirtschaftspolitische Gesamtbilanz zu Lasten von Keynes

Mene tekeli upharsin — Gewogen und zu leicht befunden
Daniel 2, 31–24

Keynes hatte maßgebend alle westlichen Geldverfassungen bestimmt. Die kapitalistischen Staaten sind ihm gleichermaßen verbunden. Ein Blick auf die ökonomischen Meßdaten unserer Nachbarländer zeigt, daß die Keynes'schen Vorstellungen gewirkt haben, wie das Haschisch in der Kommune: keiner ist von Negativwirkungen verschont geblieben. (s. Abb. 1)

Das zweite Rezept nach Keynes waren Staatsaufträge durch Staatsverschuldung. Pro Kopf sind die westlichen Staaten verschuldet mit

8400 \$ USA	4100 \$ D
7600 \$ S	3400 \$ I
5300 \$ NL/CH	1800 \$ F ¹²⁾

Italien wendet inzwischen sein gesamtes Tourismus-Einnahmen zur Zinszahlung auf ¹³⁾.

In der BRD wuchsen die Zinsaufwendungen von 1950–1960 um das dreifache, von 1960–1974 um das fast 10fache. Die gesamte Körperschaftsteuer mußte 1974 zur Zinsdeckung verwendet werden (11,2 Mrd. DM).

Die Neuverschuldung betrug 1974 DM 24 Mrd. und ein Jahr später mehr als das Doppelte. Wurde 1974 noch jede dreißigste Mark des Haushaltes für Zinsen gezahlt, so dürfte es 1977 jede zwanzigste sein (von 3,6 auf 5,5 % = Zinsausgaben in Prozent der unmittelbaren Ausgaben. ¹⁴⁾

In den Krisen von 1954, 1958, 1962, 1967 und 1974 ¹⁵⁾ wurde die Kaufkraft der DM von 100 auf 53 Pfennige reduziert (Basis 1949 = 100). Die Verbraucherpreise stiegen in 25 Jahren um 88,5 Prozent an. ¹⁶⁾

Wirtschaft auf dem Prüfstand Abb. 1)

Preisanstieg	Arbeitslosenquote	Wirtschaftswachstum	Devisenreserven
Nov. bzw. Dez. 1974 gegen Vorjahr	Dezember 1974	1974 gegen 1973	Ende 1974 in % der Jahreseinfuhr
1. BRDeutschland + 5,9	1. Japan 1,5 (Okt.)	1. Frankreich + 4,5	1. BRDeutschland 47
2. USA + 12,2	2. England	2. Italien + 4	2. Japan 22
3. Frankreich + 14,9	3. Frankreich 4,1	3. BRDeutschland + 0,4	3. Frankreich 18
4. England + 18,3		4. England – 0,5	4. Italien 17
5. Italien + 24,7	5. USA 7,1	5. USA – 1,5	5. USA 16
6. Japan + 25,8	6. Italien 8	6. Japan – 3,5	6. England 12

Krise im Kapitalismus

So schrumpfte das Brutto-Nationalprodukt in Prozent

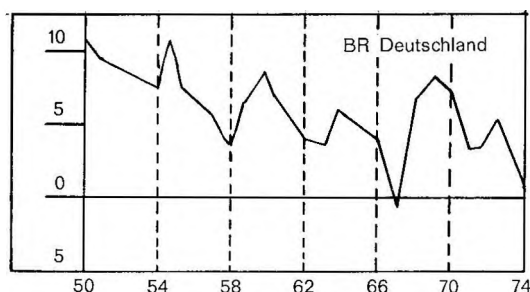


Abb. 2)

Nach der ersten Keynes'schen Rezeptvorschrift befaßten wir uns mit der Policy of easy money (Politik des billigen Geldes), dem folgte die Deficit Spending Policy (Staatsaufträge über Staatsverschuldung) und es bleibt noch die Politik der Anreize. Hierdurch soll die wirtschaftliche Unlust durch Gewinnaussichten aus dem Subventionssäckel und Steuertopf überwunden werden. Sonderprogramme (Althausrenovierung), Steuer- und Abschreibungserleichterungen wurden dazu entwickelt.

Aber das trägt auf den Bankkonten und in Schubladen liegende Geld will nicht rollen.

„Erlauchte Koryphäen der Geldwissenschaft suchen förmlich unter Tischen und Betten nach Erklärungen für etwas, auf das sie nicht vorbereitet waren und deshalb nicht sein kann. Neue finanziellen Technologien wie Kreditkarten ... und raffiniertes Geldmanagement sollen den Geldbedarf relativ zum Sozialprodukt unversehens mindern. Man sucht verbissen, man sucht schlechthin überall, außer dort, wo eine solche Suche beginnen sollte: Auf der Aktivseite der Bankbilanzen, die in voller Übereinstimmung mit der knappen Geldexpansion ein Bild der Lethargie bietet ... Lethargische Geldmengen bedürfen unter solchen Umständen wahrlich keiner Erklärung.“¹⁷⁾

Die Menschen halten Geld fest (horten), bzw. sparen. Das ist das Allheilmittel. Auf die Frage, wie ruiniert man eine Volkswirtschaft, gibt es tatsächlich nur ein probates Mittel: Das Geld dem Umlauf entziehen, Werte in Geldform festhalten, sparen, geldhamstern. Egal, ob volkswirtschaftlich schädlich, ungeachtet des Bumerangeffektes, da wer Geld einsperrt, Arbeiter aussperrt, gleichgültig, ob man sich momentan im Konsum einschränkt: Im Speck des Geldbesitzes sieht man getrost und kurzfristig dem Krisenwinter entgegen, bzw. hofft ihn zu überdauern.

Daß Geld ein Tauschmittel, daß das Geldwesen ein „dynamisches System“ ist, scheint völlig vergessen zu sein. Weder die politische noch die ökonomische Situation ist so ermutigend, daß man die Wechselbäder der Vergangenheit schon vergessen hätte. So ist es völlig verständlich, wenn der Einzelne seine scheinbare Sicherheit an die erste Stelle plazierte und nichts wissen will von einem Zuckerbrot dafür, daß er Geld in den Kreislauf entläßt.

Somit kommen wir zur Abrechnung:

1. Die staatliche Geldvermehrung wurde durch den Erfolg nicht gerechtfertigt.
2. Das Geld wurde von Hortern und Sparern festgehalten und von Investoren und Konsumenten nicht nachgefragt.
3. Gegen Vorsicht und Angst war auch das Instrument staatlicher Anreize wirkungslos.
4. Staatsaufträge hatten nicht die erhoffte konjunkturbelebende Wirkung.
5. Statt dessen steigt die Zinslast im nächsten Jahr auf jede zwanzigste DM des Haushalts.
6. Der Teufel der Inflation hat den Beelzebub der Arbeitslosigkeit nicht verschreckt, sondern sich mit ihm verbündet.
7. Der in den bisherigen Punkten enthaltene Staatsinterventionismus ist eine Einbahnstraße in die Staatswirtschaft und bisher durch kein positives Ergebnis gerechtfertigt.

Um 400 v. Chr. wurden Hikesios und Diogenes der Falschmünzerei angeklagt, weil sie „in einer Inflation den Wert des von der öf-

fentlichen Bank in Sinope herausgegebenen Geldes verminderten. Ohne Zweifel dachten sie, die wirtschaftliche Aktivität in Sinope zu fördern, wenn sie eine künstliche Preissteigerung hervorriefen... Die... Verteuerung der Lebenshaltungskosten brachte die allgemeine Volksmeinung gegen sie auf: Sie wurden abgesetzt und zur Verbannung verurteilt.“¹⁸⁾

Im § 41 des alten Reichsbankgesetzes von 1875 finden wir eine ähnliche Mentalität, wenn auch schon eine Lockerung der Sitten eingetreten ist:

„Die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums werden, wenn die Bank mehr Noten ausgibt, als sie auszugeben befugt ist, mit einer Geldstrafe bestraft, die dem zehnfachen des zu viel ausgegebenen Betrages gleichkommt, mindestens aber 5000 Reichsmark beträgt.“

5.0 Eine Analyse im Nachhinein

Man muß es den meisten Konjunkturober-ten lassen, daß sie die furchtbaren Prognose-schlappen des vergangenen Jahres ohne sichtbaren Schaden an ihrer Selbstsicherheit überstanden haben.¹⁹⁾

5.1 Die Schwierigkeit der Situationsanalyse

Es ist in einem beliebigen Punkt der Konjunkturkurve nicht möglich, definitiv zu sagen, wohin die Entwicklung gehen wird. In früheren Konjunkturzyklen konnte man noch mit der Alternative rechnen, es gehe weiter bergauf oder bergab, bzw. umgekehrt. Die Stagflation bescherte uns die dritte Möglichkeit: Rien ne va plus! Das aber wissen wir erst hinterher, und aus diesem Grunde sind traditionelle Zykliker so mathematikgläubig und sonst den Wahrsagern, Kaffeesatzdeutern und Propheten verwandt. Sie sind die modernen Haruspices geworden. Nur in der Retrospektive sind sie logische Analytiker und über die Kunst der Hochrechnung wissen wir dann, wie es weitergeht: ceteris paribus — unter sonst gleichbleibenden Umständen —!!

Trotzdem sollten Fehlschätzungen von 200 % nicht vorkommen.²⁰⁾

5.2 Die zeitliche Verzögerung

„Sit pro ratione voluntas“

Juvenal: Satiren

Wenn ein Kapitän schon nicht genau weiß, in welcher Situation er sich momentan befindet —

„diagnostical lag“ —, so wird seine Lage nicht gerade besser, wenn das Steuersystem noch mit einer beträchtlichen zeitlichen Verzögerung reagiert „administrative lag“ — und sich dann erst langsam das Schiff wendet — „operational lag“ —²¹⁾

In „Die optimale Geldmenge und andere Essays“ ist Friedman der Meinung, daß sich Änderungen der Geldmenge erst nach einem bis eineinhalb Jahren bemerkbar machen. Ich selbst kann mich an Konjunkturförderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand im Straßenbau erinnern, die 1968 ein Jahr nach dem Tiefpunkt der Recession beschlossen wurden und 1969/70 kräftig dazu beitrugen, die ohnehin überschäumende Konjunktur weiter anzuhetzen. Zusätzlich zur privaten hatten wir hier einen verstärkten, weil zu späten staatlichen Anspruch an das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen.



5.3 Die Problematik der Geldmengensteuerung

„Wir bauen auf die Einsicht, daß Stabilität und Funktionstüchtigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung am Gelde hängen, die Menge des in der Gesamtwirtschaft verfügbaren Geldes deshalb nicht zur Disposition derer stehen darf, die danach drängen.“

Sachverständigenrat: Vollbeschäftigung für Morgen.

Bis in unsere Zeit unterblieb jeder Versuch, ja jeder Gedanke, die Geldmenge regulierend zu beeinflussen. Zu Zeiten des Goldgeldes war das ja auch völlig überflüssig gewesen, weil hier ein Mechanismus wirkte, der meistens zu Lasten des Produktionsfaktors Arbeit ging. Im Bundesbankgesetzentwurf formulierte der Bundestag 1956:

„Gerade weil aber die Stabilerhaltung unserer manipulierten Währung nicht mehr von automatisch wirkenden Golddeckungsvorschriften, sondern wesentlich von der Entscheidung der Währungsbank über die richtige Dosierung der Geldmenge abhängig ist, dürften diese Entscheidungen nicht unter Anweisung einer Stelle stehen, die an einer der Währungspolitik gegenläufigen Entwicklung des Geldvolumens aus irgendwelchen Gründen interessiert sein könnte.“ (22)

Aus Sorge, eine Interessengruppe könne die Geldmenge bestimmen, entschloß man sich, die Geldmenge überhaupt nicht zu fixieren. Global formuliert das Bundesbankgesetz im § 3, die Bundesbank solle... den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft regeln mit dem Ziel, die Währung zu sichern. Allein, wie das geschehen soll, welche Spielregeln einzuhalten sind, wird man vergebens zu erfahren suchen. „Darum, an ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen.“ (Matth. 7, 16), und daran gemessen hat die Bundesbank eine Dienstleistung erbracht, wie sie ohne Unabhängigkeit kaum schlechter hätte ausfallen können.

In einer Generation den allgemeinen Rechen- und Wertmaßstab um fast 50 % verfälscht zu haben, ist ein Tiefschlag gegen das marktwirtschaftliche System.

Zugegeben:

Internationale Verträge mit starren, nicht maßgerechten Wechselkursen und Devisenankaufspflicht, die alte Schule des Denkens und die heiligen Kühe eines pseudo-merkantilistischen Exportdenkens, ferner eine Geldverfassung für Privilegierte machten es fast unmöglich, unbeirrt einen Stabilitätskurs zu verfolgen.

5.4 Das Problem der Umlaufgeschwindigkeit

„Wer kann was Dummes, wer was Kluges denken, was nicht die Vorwelt schon gedacht?“

Goethe: Faust II

Die ab 1891 von Gesell entwickelten und durch Irving Fisher in die volkswirtschaftliche Fachliteratur eingeführten Zusammenhänge zwischen Geldmenge und ihrer Aktivität zeigen uns, daß eine fleißige Mark mehr Umsätze vermitteln kann, als ein müder Hunderter, der dem Kreislauf entzogen wurde. (vgl. Darst. 5)

Zum Begriff des Kaufpotentials gehört nicht nur die Menge, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit; diese hängt davon ab, was die Menschen mit dem Gelde tun und das wiederum davon, was sie sich von der Geldverwendung versprechen. Immer werden sie das Geld für ihre eigenen, kurzfristigen Vorteile einsetzen, solange es legal ist. Und wenn wir den Gesamtvorteil im Auge haben, können wir entweder hinter jeden Bürger einen Ermahner und Aufpasser stellen, oder wir müssen die Geldverwendung regeln. Ordnung, nicht Dirigismus ist die Lösung. „Wer wollte ernsthaft behaupten, daß Stabilität Dirigismus voraussetzt?“ (23)

Wenn Geldmenge multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit als Kaufvermögen am Markt wirken, dann ist eine Geldmengenbegrenzung nur die halbe Lösung, denn jeder von uns entscheidet über die andere Hälfte, jeder aus seiner kleinen niederen Froschperspektive heraus. (vgl. Darst. 5/6) Inflation fördert, Deflation drosselt den Geldumlauf. Einmal existent gewordenes Geld kann in seiner Wirkung durch ein komplexes Bündel von Akzeleratorwirkungen multipliziert, oder zeitweilig dem Verkehr entzogen werden. Wenn es aber zum Gebrauchen durch alle gedacht ist, dann ist der Entzug durch wenige, also sein Nichtgebrauch, Mißbrauch!

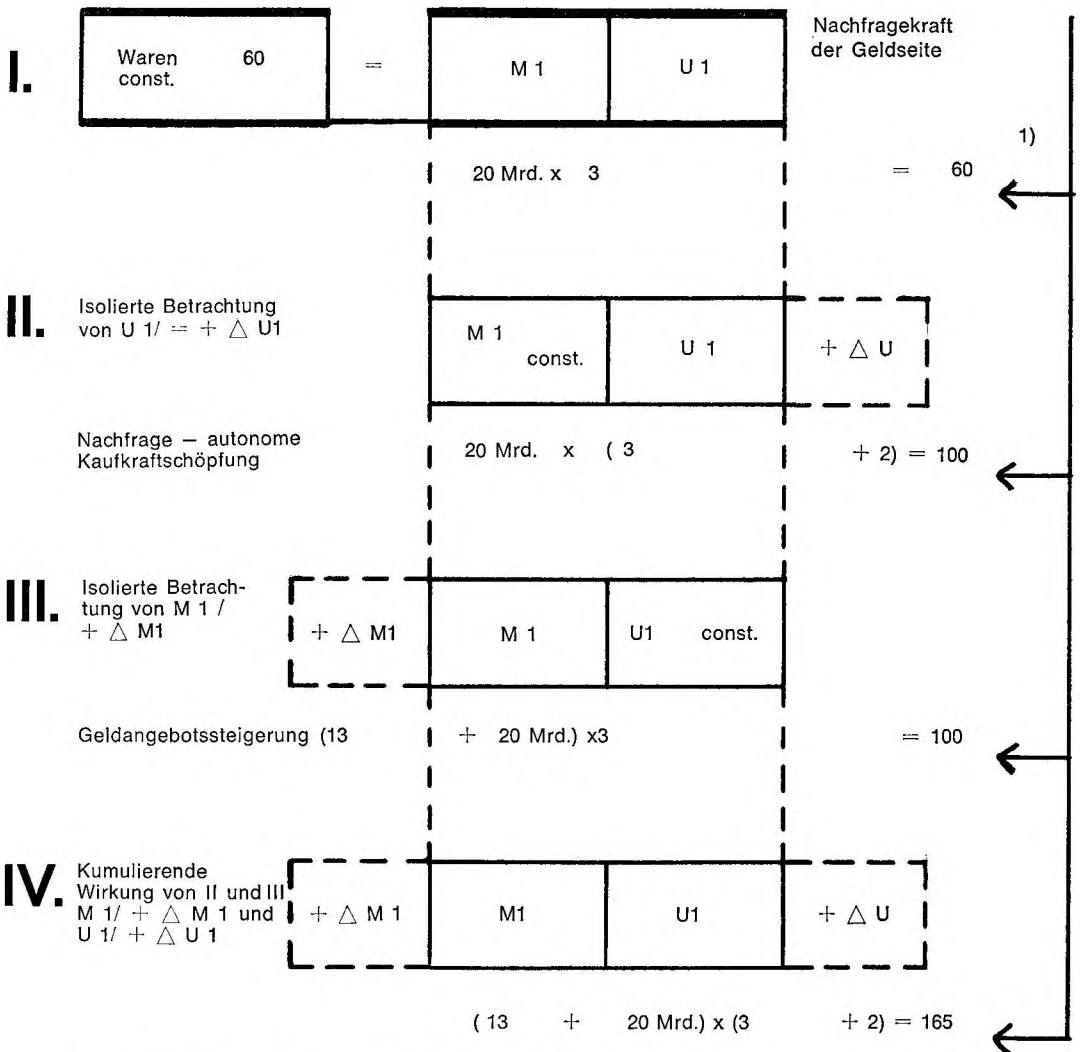
Auf dem 1. Zionistenkongreß 1897 in Basel analysierte man auf der zwanzigsten Sitzung das ideale Geldwesen wie folgt:

„Geld ist für den Umlauf gedacht. Jede Stokung des Geldverkehrs kann den Staat empfindlich schädigen. Das Geld ist das Öl der Staatsmaschine. Bleibt die Ölung aus, so muß die Maschine stillstehen.“ (24)

Dieser Gedanke, dem Gelde Bewegung zu verschaffen, ist schon sehr alt. Der große griechische Bankier Diogenes schlug vor, zu Geld einen solchen Stoff zu machen, der wertlos sei. Er meinte, die Fußknöchel der Schafe und Ziegen erfüllten diese Funktion in optimaler Weise. Sie sind nicht beliebig vermehrbar. Hierdurch wird die Gefahr vermieden, die Kopernikus 1522 in einer Denkschrift beschwor, die er dem polnisch-preußischen Landtag über die Teuerung und deren Ursachen überreichte:

„Der häufigste Grund, weswegen die Münze an Schätzung verliert, ist, daß sie in zu großer Menge vorhanden ist.“

Der Einfluß von Veränderungen in der Umlaufgeschwindigkeit (+ / - U) und der Menge des Geldes (+ / - M) auf das Kaufpotential in der Volkswirtschaft unter sonst gleichbleibenden Bedingungen.

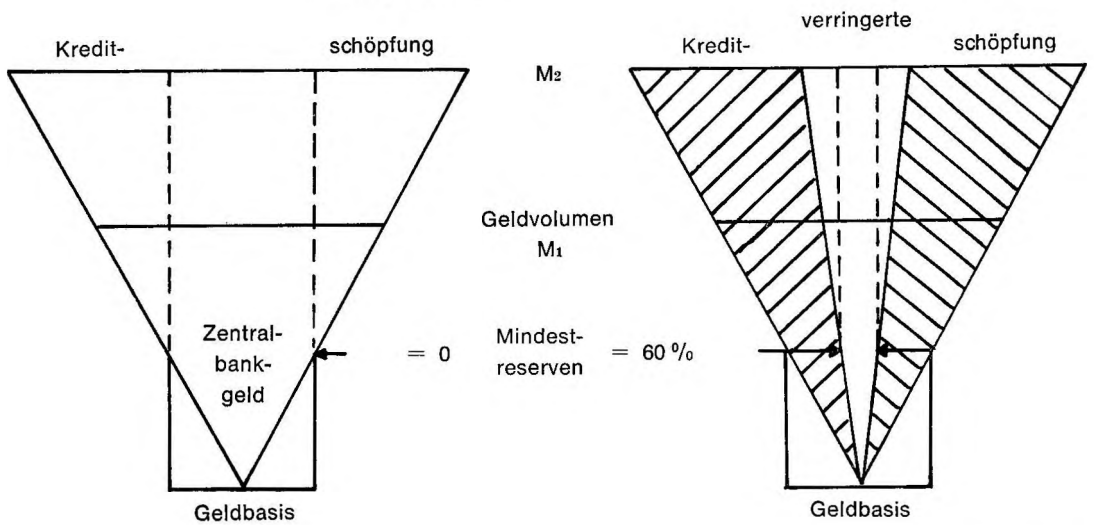


+ ΔM 1	+ ΔU	(+) 2	Infl.
+ ΔM 1	- ΔU	+/- 0	nicht real
- ΔM 1	+ ΔU	-/+ 0	nicht real
- ΔM 1	- ΔU	(-) 2	Defl.

1) angenommene Zahlenbeispiele

Darstellung 5)

Der Zusammenhang zwischen Geldbasis und Nachfragepotential



Darstellung 6

Berechnungsmethoden für U

$$U = \frac{NSP_{MP}}{M_1} \quad *)$$

*) Zahlen aus BMWF 1971, S. 42 und BbkBer. Okt. 73

	M_1	NSP_{MP}	U_1
1965	78,5	414,1	5,3
1970	108,2	609,4	5,6
1972	139,2	735,2	5,3

$$NSP_{MP} = VY + (T_{ind} - Sub)$$

Unter der Voraussetzung eines konstanten Sozialprodukts mußte im Oktober 1923 eine auf 0,2 Mrd. Goldmark reduzierte Geldmenge den Umschlag der Güter und Dienste bewerkstell-

Die Gefahr, daß jemand wegen des Stoffes, — z. B. Edelmetall — das Zahlungsmittel festhält, wurde auch gebannt.

Jetzt könnte ja ein Heutiger freudig überrascht feststellen, wie weit wir schon den alten Vorstellungen entsprechen: Papier ist wahrhaftig aus wertlosem Stoff. Trotzdem, könnte man einwenden, hamstern wir es, geben es nach Belieben schnell, langsam oder garnicht aus. Nein, das kann nur die halbe Wahrheit sein. Auch hier fand Diogenes die Lösung: Fußknöchel sind begrenzt, sogar in Abhängigkeit von Viehreichtum und damit dem Fleiß der Bevölkerung —, sie sind nicht nur aus wertlosem Material und vergehen mit der Zeit — der Besitzer muß also zeitig für Nachschub sorgen —, sondern sie stinken auch! Damit ist garantiert, daß sich keiner länger als nötig mit gehamstertem Gelde umgibt. 26) Die Umlaufsicherung des Geldes ist für damalige Zeiten auf psychologisch elegante Weise erreicht. Jede Geldweitergabe verursacht eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung, die Arbeitsteilung blüht und Wohlstand und Reichtum steigen.

Nicht mehr so zweckmäßig, sondern schon eher gedacht als Konzession an die herrschende Geldverfassung war um 1150 die aufgekommene Idee, die sogenannten Dünnpfennige oder Brakteaten

$$UF = \frac{G_{1920}}{G_x}$$

UF ist das x-fache der U von 1920 unter der Annahme $NSP_{const.}$ von 1920 — 1923.

	G_x	NSP		UF
1920	4,9	const.	4,9 : 4,9	1
1921	4,4	const.	4,9 : 4,4	1,1
1922	2,2	const.	4,9 : 2,2	2,2
1923	0,7	const.	4,9 : 0,7	7
x/1923	0,2	const.	4,9 : 0,2	24,5

G_x = Geldmenge x Dollarindex = Goldmark

gen. Dies war nur über eine um das fast 25-fache gestiegene Umlaufgeschwindigkeit möglich, bezogen auf das Basisjahr 1920.

zu prägen. Sie wurden in unregelmäßigen Abständen für ungültig erklärt, — verrufen —, und zum Einschmelzen und Neuprägen eingesammelt. Renovatio monetarum nannte man dieses Verfahren.*) Keiner wollte dieses Geld länger als nötig bei sich halten. Man gab es aus, jeder Handwechsel zog eine volkswirtschaftliche Leistung nach sich, und die Kulturbüthe des Hochmittelalters zeugt davon, welcher Segen mit schnell umlaufendem Geld erreicht werden kann. Die Dome, Burgen und Patrizierhäuser dieser Zeit sind nicht aus Druck, Armut und Zwang entstanden, sondern sind Ergebnisse des Reichtums, des Überflusses und der Kultur.

Die Herrscherausgaben wurden aus den 10-20 % bestritten, die man als Schlagschatz, — Disagio würde man heute sagen —, einbehielt. 100 alte Brakteaten ergaben einen Anspruch auf z. B. 80 neue.

*) Unter den Nr. 1111-1114 wurden zum Verkauf angeboten: Meklenburg um 1300 Brakteat Stierkopf mit Wulstreif / ähnlich wie vor, zwischen den Hörnern Kreuz / ähnlich wie vor, zwischen den Hörnern Kugel / ähnlich wie vor, zwischen den Hörnern runde Flasche (?) 27) (Lagerkatalog Dombrowski)

Auch in der Technik der Umlaufsicherung bemerken wir eine Qualitätsverschlechterung, die umgekehrt proportional ist der Notwendigkeit, mit der wir heute über eine solche verfügen sollten.

Die Gefahr, daß Geld rastet, wird über die Inflationsangst bekämpft. Wenn Preise steigen, taugt das Geld nicht mehr als Aufbewahrungsmittel; es läuft schneller um und trägt seinerseits bei zur Inflationssteigerung. Begünstigt wird die in der Volkswirtschaft entbehrlichste Figur: der Spekulant; benachteiligt wird die ärmste Figur: der Sozialrentner und die wichtigste Figur: der Sparer. Durch das Nominalprinzip Mark = Mark werden de jure bestehende Forderungen ausgehöhlt. De facto ist das Enteignung, dies umso mehr, als hier nicht mehr Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird. Wir haben hier eine unheilige Allianz volkswirtschaftlicher Nachteile.

Die besseren, eines Diogenes würdigen Vorschläge existieren nur im Bereich der Theorie. Auf der Grundlage unserer manipulierten Papiergeldwährung schlug Gesell als erster Monetarist das „Schwundgeld“ und Keynes „rostende Banknoten“ vor. Auf dem ersten Zionistenkongreß wollte man in einer geplanten Reform der Geldverfassung das Geld durch eine Stempelsteuer in Bewegung halten.

„Die gewöhnlichen Kaufgeschäfte des täglichen Bedarfs werden ... einer Stempelsteuer in einem festen Satz vom Hundert unterliegen.“ 28)

5.5 Der veränderte Gewerkschaftseinfluß

„Die Herren dieser Art blendt oft zu vieles Licht. Sie sehen drum den Wald vor lauter Bäumen nicht.“

C. M. Wieland 1733-1813 in Musarion, Buch 2

Die Gewerkschaften sollten den österreichischen Adler zum Wappentier wählen. Mit seinen beiden Köpfen verkörpert er den Doppelcharakter des Lohnes: er stellt Kosten und Kaufkraft gleichzeitig dar.

Es ist das verständliche Bestreben des Unternehmers, die anfallenden Kosten zu senken. In diesem Falle sägt er aber an dem Aste, auf dem er sitzt: im gesamtwirtschaftlichen Sinne kauft die Summe der arbeitenden Menschen die Güter, die sie selber produziert hat.

Stellt man das dazu nötige Geld nicht zur Verfügung, sind Störungen im Wirtschaftsablauf unvermeidlich.

Der parasitäre Kostenfaktor innerhalb des Unternehmens ist der Zins. Zur Entstehung des So-

zialprodukts trägt er nicht das mindeste bei, erhebt aber die geräuschloseste und nachhaltigste Forderung. Nur sehr selten klagen Unternehmerpublikationen über diesen Zustand und Bankiers noch seltener. Eine Ausnahme jüngerer Datums:

„Steigende Kapitalmarktzinsen stören die erhoffte Konjunkturbelebung schon im Ansatz und dezimieren damit die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts.“ 29)

Der wahre Konkurrent des Gewerkschaftsadlers ist der Zinsgeier, der in Wirklichkeit ein künstlich am Leben gehaltenes Fossil ist, denn es verdankt seine Entstehung der jahrhundertelangen Knappheit an Geld.

Es ist eine Frage des Prinzips, wie man sich zu Gewerkschaften stellt. Entweder man billigt der Arbeit das Entlohnungsprimat und damit das Entlohnungsmonopol zu, dann haben alle anderen Aspekte sich dem unterzuordnen. Gewerkschaftsmacht ist dann ein Mittel, dieses Ziel zu realisieren. Störungen in der Geldverfassung gehen dann zu Lasten aller übrigen Einkommen aus Bodenrente, Kapitalzins und Spekulation.

Oder aber man möchte die mühelosen Einkommen nicht schmälern, dann kann das nur zu Lasten des Arbeitseinkommens gehen.

Letzteres entspricht aber in einer Demokratie, die immer mehr sozialistische Ideen in sich aufnimmt, nicht der politischen Weisheit, denn die Gewerkschaften haben die Macht, die Gesellschaft nachhaltig zu desorganisieren.

So bleiben dem politischen Kalkül noch zwei Wege:

- a) der rationale, systemkonforme Weg, die Geldverfassung zu reformieren und für Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu sorgen und
- b) der opportunistischen Demokratietorpedo, den Geldwert zu verschlechtern, auch nach Haberler „nachgiebige Geldpolitik“ genannt, die er definiert als „die Methode, miteinander nicht zu vereinbarende Ansprüche über Inflation vereinbar zu machen.“ 30)

Leider ist die Methode b) im Schwange und a) noch viel zu wenig bekannt und so begnügt man sich, auf die Gewerkschaftsmacht als Staat im Staate zu schimpfen, sie zu akzeptieren und auf kaltem Wege über die Inflation zu neutralisieren, wobei wir festhalten wollen: „Weder Gewerkschaften noch Unternehmensmonopole können ... anhaltende Inflation ... erzeugen.“ 31)

Abgesehen davon fragt Haberler zweifelnd, ob „die Gewerkschaften die Macht haben, die Geldlöhne hochzudrücken“ und „ob sie in der Lage sind, die realen Lohnsätze, ... den Anteil am Volkseinkommen zu erhöhen.“ Ohm kommt in

diesem Zusammenhang zu dem Ergebnis: „Wie der Zeitreihenvergleich zeigt, sind bisher Phasen mit steigender Lohnquote immer wieder Phasen mit abnehmender Lohnquote gefolgt.“ 32) und nach einer detaillierten Begründung kommt er zu dem Schluß, daß „die reale Netto-Einkommensposition der Arbeitnehmergruppe im Vergleich zu denjenigen der übrigen ... sicher nicht verbessert worden“ ist. vgl. Abb. 3

Wie es dazu kommt, ist leicht einzusehen.

Unzweifelhaft haben die Kapitaleigner und Unternehmer die Macht und das Recht, einzustellen oder nicht einzustellen. So erkennt Haberler denn auch, „solange die Macht der Gewerkschaften nicht beschnitten ... wird, müssen wir ein größeres Maß an Arbeitslosigkeit hinnehmen.“ 33) es sei denn, daß „die politische Entwicklung die entstehende Unterbeschäftigung nicht hinnehmen und sich nicht mit ihr abfinden wird, der Staat also versuchen wird, die Arbeitslosigkeit durch inflatorische Maßnahmen zu senken.“ 34)

Hier liegt einer der Gründe, warum

„alle Demokratien ... sich das uralte Fürstenrecht der Geldwertverschlechterung als ein Ventil offenhalten, um sich notfalls Mittel zur Haushaltsdeckung, zur Konjunkturanhebung und zur Finanzierung von Reformen zu beschaffen ... Weil man das sogar vor sich selbst nicht gerne eingestehen mag, ist es sehr geschickt, die Aufgabe der Geldwertmanipulation einer unabhängigen Bank zu übertragen, die ... über keine im politischen Raum fundierte Autorität verfügt und daher ohne konkrete Bindung nicht bis zum letzten stahlhart sein kann, wie das häufig erforderlich wäre.“ 35)

So schwärmt auch Hayeck von einem Mittel, das es den Regierungen ermöglichte, den Forderungen bestimmter „Pressure Groups“ nach einer Ausweitung der Geldmenge zu widerstehen —

Auch Haberler schreibt deutlich, daß es „die helfende Hand der Währungsbehörden“ 36) ist, die auf Druck anhaltende Inflation erzeugt.

Eine funktionsfähige arbeitsteilige und pluralistische Gesellschaft ist also abhängig von einem geordneten Geldwesen und der Waffengleichheit der Tarifpartner. Der Staat darf nicht aus der Geldverfassung heraus zu Zugeständnissen gezwungen werden können, nur weil er ohne das Arbeitgebermonopol die Massen nicht beschäftigen und ohne das Arbeitnehmermonopol die politische Situation nicht meistern kann.

„Man muß der Regierung die Möglichkeit nehmen, überzogene Lohnforderungen durch eine Abwertung zu alimentieren und so dem an-

derntfalls eintretenden Beschäftigungsausfall entgegenzuwirken. Sogleich würde verhindert, daß die Arbeitgeber überhöhte Lohnforderungen akzeptierten in der Hoffnung, die Geldpolitik werde nachträglich das marktgerecht werden lassen, was gegen den Markt vereinbart wurde.“ 37)

Beide Tarifpartner bedienen sich ohne Zögern des in der Geldverfassung legal verankerten Geldmißbrauchs sodaß die jeweiligen Machtpositionen sich nicht, wie Galbraith meint, im Gleichgewicht der Kräfte neutralisieren, sondern den Staat und die Gesellschaft in die Zange nehmen. Der Staat macht sich in dieser ungeordneten Geldverfassung zum Spielball. Ohne festes Geldkonzept paßt er sich dem jeweils größten Druck an, inflationiert, deflationiert, beschäftigt über und beschäftigt unter, stellt an das immer geringer werdende Sozialprodukt immer höhere Steueranforderungen und trägt zur allgemeinen Auflösung wie ein Amokläufer bei.

Vielleicht bemerkt der aufmerksame Zuhörer den Zusammenhang in England zwischen der größten Streikhäufigkeit in Europa und einem Inflationsatz von 25 % (vgl. Abb 3). Das Beispiel Italiens bietet sich auch an. Wie das Ausland solche Eskapaden honoriert, ist aus dem Wechselkurs von weniger als DM 5,— für das Pfund *) zu ersehen. Das ist weniger als die Hälfte zu der Zeit, wo wir mit festen Paritäten rechneten.

*) Frankfurter Neue Presse: Der Kurs des Pfundes ist am 8. März erstmalig unter die Grenze von DM 5,— gefallen. Für ein Pfund wurden 4,985 Mark gezahlt.

Lohneinbuße durch Rezession
 – Eine Modellrechnung für die Industrie –
 (IWD Nr. 13/1976, S. 8, Köln)

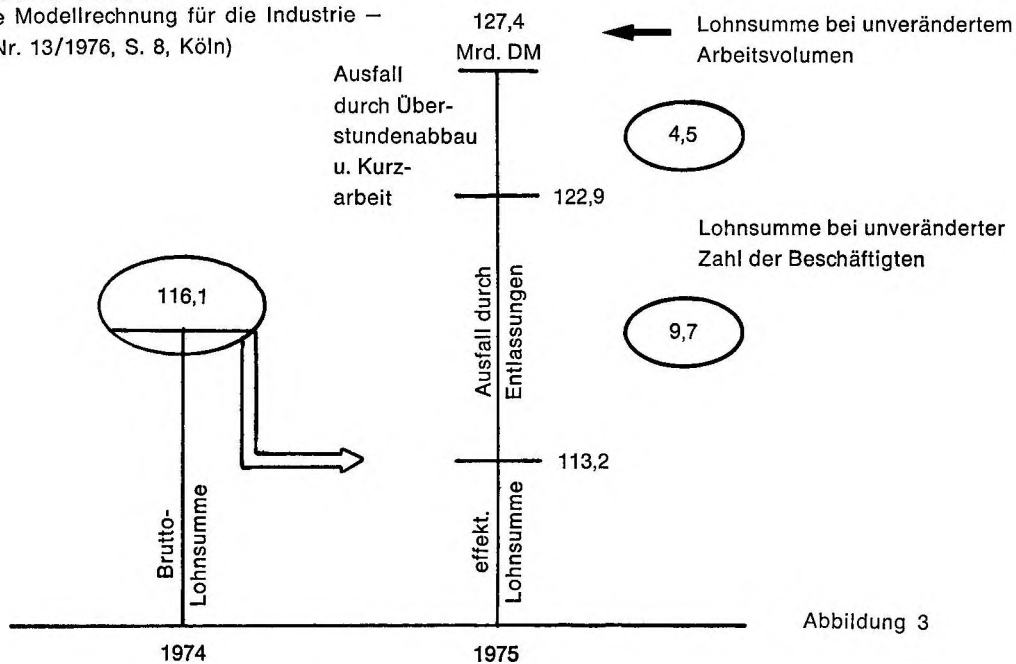


Abbildung 3

6.0 Die innere Widersprüchlichkeit unserer Geldverfassung

„Feuerwehrleute mußten in Niboel, Dänemark, einen Mann aus dem Wipfel eines 15 Meter hohen Baumes holen. Er war vom Gartenbauamt geschickt, um die Äste zu kappen und hatte seine Arbeit von – unten her angefangen.“

Die Welt, 17. 1. 1955

In der Geometrie besteht, allgemein anerkannt, und als unlösbar betrachtet, das Problem, den Kreis zu quadrieren. Mit der Methode der Arithmetik kommen wir aber dennoch zu brauchbaren Ergebnissen.

In der Geldtheorie „lösen“ wir eine volkswirtschaftlich unlösbare Aufgabe, indem wir hartnäckig die Methode beibehalten und bei jedem Mißerfolg murmeln: *ceteris paribus*, es ist magisch, es ist magisch! Der Einfall, um des Erfolges willen die Methode zu wechseln, kommt uns erst garnicht.

Aus der zur Deflation neigenden Goldwährung haben wir die Verwendung des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel und Umlauf- bzw. Tauschmittel übernommen. Wir haben eine statische und eine dynamische Funktion gekoppelt, wobei wir diese Kopplung einer traditionellen, individuell-liberalistischen Einschätzung der Wirtschaftssubjekte überlassei. Zusätzlich verknüpfen wir diese Haltung noch mit dem Begriff der Freiheit.

Stellen Sie sich bitte die Katastrophe für ein geordnetes Transportwesen vor, wenn es in der Freiheit eines jeden Eisenbahnwaggon-Benutzers stünde, diese so lange festzuhalten, wie es ihm paßt, sie zu Hühnerställen umzufunktionieren oder sie auch ihrer Bestimmung gemäß zurückzugeben. Die Bahn zieht aus diesen Möglichkeiten die Konsequenz und macht sie durch ein Standgeld unmöglich. Sie kontrolliert die Menge und ihre Bewegung. Engpässe sind noch nie Gegenstand von Klagen gewesen. Die Bahn appelliert aber nicht an unsere Einsicht, sondern an unseren Geldbeutel, denn nach Jeremy Bentham (1748-1832), dem Vater des Utilitarismus, ist die empfindlichste Stelle des Menschen seine Tasche!

Über die „Tasche“ erreichen wir die Sozialpflichtigkeit von Güterwagen. Viel nötiger, um aus dem Beispiel auszusteigen, brauchen wir die Sozialpflichtigkeit des Geldes. Es erfüllt aber erst dann seine Aufgabe, wenn es umläuft. Wenn wir

heute den Staat zum Vater des Geldwesens gemacht haben, dann ist er wie jeder Vater nicht nur verantwortlich für die Existenz, sondern auch für das soziale Verhalten seines Sprößlings, soll man ihm nicht mangelnde Aufsicht vorwerfen. „Geld... erhält seine Tauschfähigkeit durch staatliche Autorität (Papiergeld).“

Auf dem schon erwähnten 1. Zionistenkongreß, dessen gesellschaftspolitische Zielvorstellungen hier im allgemeinen nicht interessieren, wird im besonderen, das Geldwesen und seine Reform betreffend, in diesem Zusammenhang weiter formuliert: „Es bleibt sich völlig gleich, welcher Art Umlaufmittel wir in den Verkehr bringen. Sie können aus Papier, Holz oder Metall sein.“ (38)

Die erste Erkenntnis ist also, daß Staat und damit die Zentralbank für das Geldwesen verantwortlich ist.

Die zweite Erkenntnis besteht darin, daß wir die Funktionsantinomie, die Doppelaufgabe des Geldes abschaffen und es dynamisch gestalten, d. h., es muß umlaufen.

Die dritte Erkenntnis besteht in der Notwendigkeit einer Geldmengenregulierung. Wir dürfen weder Menge noch Umlauf des Geldes von Unkenntnis oder Vorteilhascherei abhängig machen.

Die vierte Erkenntnis ist die, daß Geld als Wertmesser über den Preis eine gesellschaftserhaltende Funktion hat, die nie so wichtig war, wie in demokratischen Systemen.

„Was aber Maß sein soll, muß einen festen und beständigen Stand haben. Andernfalls muß die Ordnung im Münzwesen in Verwirrung geraten. Käufer und Verkäufer müssen mannigfaltigen Betrug erleiden. ebenso wie wenn Elle, Scheffel oder Gewicht nicht ihre bestimmte Größe behielten. Dieses Maß erblicke ich in der Schätzung, welche der Münze zuteil wird.“ (39) (Kopernikus)

Es müßte oberstes Moralgebot sein, den durch Geld vermittelten Maßstab unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Kümmern sich nicht auch die Eichämter um die Einhaltung des Metermaßes? Man stelle sich die Verwirrung in der Technik vor, wenn dieses Maß heute 95 und morgen 105 cm mäße. Daß in unserem ganzen ökonomischen Leben die Werte gleichermaßen in Unordnung geraten sind, scheint keinen zu stören, scheint keinen nach den Ursachen fragen zu lassen. *)

Alle Gläubiger, — das sind alle Sparer, alle Darlehns-Geber, alle Inhaber festverzinslicher Wertpapiere, alle, die ihre Ware nicht sofort bezahlt

erhalten – sind die Geschädigten in dieser Geldverfassung, die auf Inflation programmiert ist. Das Nominalprinzip Mark gleich Mark – gute Mark von früher gleich schlechter Mark von morgen – höchststrichtrichlerlich festgelegt, **) ist das moderne Enteignungsinstrument in einem Staat geworden, der den Schutz des Eigentums in seiner Verfassung stehen hat. Es ist gleichzeitig das Instrument der leichten Defizitfinanzierung des Staates geworden, denn wenn alle Schuldner Vorteile ziehen, warum sollen dann die Regierenden die Ausnahme bilden?

So kommt als **fünfte Erkenntnis** hinzu, daß die Interessen der Gläubiger und Schuldner, des Staates und eines Teils seiner Bürger gegenläufig gelagert sind. Wenn die Inflation aber schon eine Regierungshilfe geworden ist, schwinden die Aussichten der Gläubiger in diesem System immer mehr.

„Eine Inflation ohne Betrug kann es nicht geben, also muß die Inflation aufhören“, 40)

bemerkt Schacht dazu lapidar, und er muß es ja wissen!

Wir kommen abschließend zu folgendem Ergebnis: Unsere traditionelle, antiquierte Geldverfassung entspricht nicht unseren heutigen Anforderungen:

- das Gerechtigkeitsprinzip,
- der Schutz des Eigentums,
- das Leistungsprinzip,
- unser Demokratieverständnis,
- die Wettbewerbssituation zum Kommunismus,
- der allgemeine Preis- und damit Wertmesser,

leiden Not, weil wir antinomische Funktionen im Gelde dulden.

Ohne feste Spielregeln, denen sich auch der Staat und seine Zentralbank ***) im Interesse der obigen Punkte unterwerfen muß, kommen wir nicht dazu, das „ungeduldige Drängen vieler Gruppen und Körperschaften in Gesellschaft und Staat“ 42), wie es der Sachverständigenrat (SVR) nennt, einem allgemeinen Konsensus zu unterwerfen. ****)

Bevor ich zum nächsten Punkt, der heutigen Wirtschaftspolitik, übergehe, möchte ich eine grundsätzliche, immer wieder auftauchende Frage zu beantworten versuchen: Warum bekämpfen wir die Inflation erst neuerdings?

Dafür sind vorwiegend zwei Gründe anzuführen. Erstens ist die Inflation und Deflation noch nicht

lange als die Hauptkrisenursache in der Diskussion. „Die Krise ist kein monetäres Problem“, hatte Schumpeter gesagt. Sogar im Jahresgutachten 1966/67 formulierte der SVR unter Ziffer 203 noch, daß „für einen längeren Zeitraum kaum jemand objektiv sagen kann, wodurch die Inflation verursacht wird, und wer am meisten dazu beiträgt, daß sie in Gang bleibt.“ ****)

Wie wir noch sehen werden, hat sich das inzwischen geändert. Seit ca. 1900 bekannte Theorien werden hoffähig.

Der zweite Grund liegt darin, daß eine „neue Geldpolitik“ in der „alten Schule des Denkens“, wie sie der ehemalige Gouverneur der Bank von England, Vincent C. Vickers genannt hat, nicht möglich war.

Das Denken in naturgesetzlichen Bahnen, aus den beherrschenden Naturwissenschaften übernommen, hatte sich in die klassische Volkswirtschaftslehre eingeschlichen. Diesem Denken verdanken wir die Meterologenökonomie, die ich eingangs erwähnte. Es gab volkswirtschaftliche Gesetze, denen wir uns unterzuordnen hatten, wie die Schwerkraft und das Wetter. Die junge Volkswirtschaftslehre ahmte die Methoden und Denkgewohnheiten der Naturwissenschaften nach, um in den Ruf einer anerkannten Wissenschaft zu kommen.

Ich erinnere an das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ an das „Substitutionsgesetz“, an das „Gresham'sche Gesetz“, an die „Gossen'schen Gesetze“, an das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertragszuwachs“, an das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“, an die „naturgesetzliche Entwicklung zum Kommunismus“ und last not least an das konjunkturgesetzliche „Denkschema unserer zyklischen Glaubensbrüder“ (Richenbacher).

Die Begründer der mechanistischen, naturwissenschaftlichen und materialistischen Betrachtungsweise waren Newton in der Physik, Darwin in der Biologie, Kant und Marx in der Philosophie. Sie wurden in die Ökonomie übertragen von Quesnay, Ricardo, Max Weber und Keynes.

Die entgegengesetzte, sich erst langsam artikulierende Betrachtungsweise ist idealistisch, denkt in organischen Zusammenhängen und nimmt eine wertende, standpunktorientierte, humanistische Position ein. Wir finden sie bei Hegel, Gesell, Schmöller, Spann und Löbl. Ziele werden erkannt, gesetzt und mit allen möglichen Mitteln zu realisieren versucht.

*) S. 18:

Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 14. Januar 1975 über eine Umfrage bei 2000 Personen. Welche Ursachen hat die Inflation? wurde gefragt. 63 % meinten, die gestiegenen Rohstoffpreise, 44 % die Unternehmergewinne, 43 % die Lohn- und Gehaltssteigerungen, 36 % die Konsumenten, die nicht preisbewußt seien, 25 % die EWG-Verpflichtungen, 32 % die Regierung. Versuche zur Eindämmung der Inflation wurden skeptisch beurteilt.

**) S. 19:

In einem neueren Urteil des BGH wird zum Nominalprinzip Mark bleibt Mark auch bei eingetretenem Kaufkraftschwund 41) ausgeführt, es bleibe bei dem alten Grundsatz, Mark gleich Mark. Der Umstand, daß eine Partei durch nachträgliche Änderung der Verhältnisse wirtschaftlich ungünstiger dastehe ..., genüge nicht, um auch nur teilweise vom Verträge abzugehen ... Andernfalls würde eine unerträgliche Rechtsunsicherheit eintreten. Vor allem aber würden die Vorschriften des Währungsgesetzes unterlaufen, das gerade dazu geschaffen sei, das Vertrauen in die Währung zu erhalten und diese zu festigen.“ Urte. d. BGH v. 1. 10. 75 – VIII ZR 108/74 mit vielen Zitaten über die bisherige Entwicklung der Rechtsprechung.

***) S. 19:

Dr. Schacht: „Die Notenbank in Frankfurt ist leider nur ausführendes Organ des Bundeswirtschaftsministeriums geworden.“

****) S. 19:

Der „Platow-Brief vom 16. März 1976 meldet, die FDP habe mit Erstaunen die jüngste Erklärung Dr. Ehrenbergs, SPD zur Kenntnis genommen, wonach das vorgegebene Geldmengenziel von 8 % kein Wert an sich sei, sondern jeweils der entsprechenden Lage angepaßt werden müsse. Darüberhinaus sprach sich Ehrenberg für eine Fortsetzung der expansiven Geldpolitik aus, während die Bundesbank zurückfahren will und muß, um die 8 % einzuhalten. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Graf Lambsdorf, entgegnete scharf: „Wir werden nicht zulassen, daß unsere Geldmenge durch Deviseninterventionen unterlaufen wird.“ ... Die SPD will offensichtlich weiter flüssig bleiben.

*****) S. 19:

Mit solchen geldtheoretischen Aussagen dürfte der SVR kaum zur „Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit“ beitragen. Gesetz über die Bildung des SVR v. 14. 8. 63 § 1,1)

7.0 Die heutige Wirtschaftspolitik

„Die Neuregelung des Geldumlaufs ist eine wichtige Sache für die ganze Welt.“

I. Zionistenkongress 1897 in Basel

7.1 Die Vorläufer

Wenn wir es genau nehmen, sind wir heute wieder bei den Erkenntnissen der alten Griechen angelangt. Ich geniere mich nicht, das zuzugeben, rechnen es sich doch z. B. die Philosophen, Mathematiker und Astronomen zur Ehre an, daß ihre Grundkenntnisse aus der Antike stammen. Aber eben an den Grunderkenntnissen fehlt es in der Ökonomie. Diogenes kann als Vater der Quantitätstheorie angesehen werden. Aber seine Erkenntnisse blieben Theorie, er selbst landete in der Tonne! In der wissenschaftlichen Diskussion wurden die über Aristoteles, Thomas von Aquin, Kopernikus, Bodin, Kepler, Boisguillebert, Proudhon, Victor Hugo, Ricardo, Engels, auf dem ersten Zionistenkongress, bei Knapp, Gesell, Fisher, Cassel und Keynes weitergeführt.

J. M. Keynes und I. Fisher machten Gesells System zur Grundlage mancher ihrer Ausführungen, wobei Keynes jedoch, wie eingangs dargestellt, den zweitbesten Weg zu praktizieren versuchte. Dieses wirtschaftspolitische Experiment dürfte inzwischen als gescheitert anzusehen sein – vielleicht ausgenommen bei den Politikern –. Die Mont-Pélerin-Society hat Keynes wohl offiziell begraben und Hayek auf den Schild gehoben, womit Keynes aber Unrecht geschieht, denn es steht ja noch seine zweite, grundsätzliche Analyse unserer Geldverfassung und ihre Konsequenzen zur Diskussion.

7.2 Die aktuelle Situation

„Weltliche Weisheit lehrt, daß es der Reputation besser bekommt, konventionell zu irren, als unkonventionell recht zu haben.“

Lord Keynes

Milton Friedman setzt die Reihe der Geldverfassungskritiker fort mit seiner monetarischen Theorie. Sein Buch „Kapitalismus und Freiheit“ erschien 1971 in deutscher Übersetzung, veröffentlicht wurde es schon 10 Jahre früher, „und es basierte auf Vorlesungen, die weitere fünf Jahre davor gehalten wurden.“⁴³⁾ Im Grunde, wenn die Kritik vorweggenommen werden darf, bietet er nur einen Abklatsch schon früher und besser durchdachter Systeme. Er verfährt nach Keynes'scher Manier, wegen der Realitäten Zugeständnisse in der Theorie zu machen. Dennoch, oder

gerade deshalb hat die Federal Reserve Bank Friedmans geldpolitische Vorschläge übernommen und eine Geldmengensteuerung für das nächste Jahr beschlossen.

Ähnlichen Einfluß hatten naiv-monetaristische Überlegungen in Luxemburg, wo am 31. 10. 1972 beschlossen wurde, in der EG die Geldmengenzuwächse den Steigerungen des Bruttosozialprodukts anzupassen. Damit übernahmen international repräsentative Gruppen erstmalig den Versuch, der Quantitätstheorie des Geldes Bedeutung zu verschaffen.

Wie so oft, wenn etwas Mode wird, erschienen ähnliche Gedanken zu Hauf. Eine Gruppe deutscher Volkswirte und Professoren formulierte ein „Kontrastprogramm zur Bonner Wirtschaftspolitik“. Im Mai 1974 wurde unter Ziff. 4 die Forderung erhoben

„... die Geldmenge darf prozentual nicht stärker wachsen, als das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft“.

Es sei als Anmerkung gestattet, daß hier weniger das Leistungsvermögen, als das Leistungsergebnis gemeint sein kann.

Zwischendurch, im Frühjahr 1973 übernahm die Bundesbank dieses Konzept. Eine strikt bemessene Menge an Zentralbankgeld – d. i. die Menge der Banknoten und der Mindestreserven – soll der Wirtschaft zugeführt werden (vgl. Darstellung 6). Dem Vorschlag der US-Zentralbank mit 6–8 % für die USA schloß sich die Bundesbank mit 8 % für die Bundesregierung an. Sufficient bemerkt dazu die Financial Times: „an object lesson for the Germans“.⁴⁴⁾

In diesem Jahre erreichten die Germans eine pro-Kopf-Geldversorgung von DM 1000,— und damit eine Erhöhung der Bargeldmenge um das 25fache seit der Währungsreform.*)

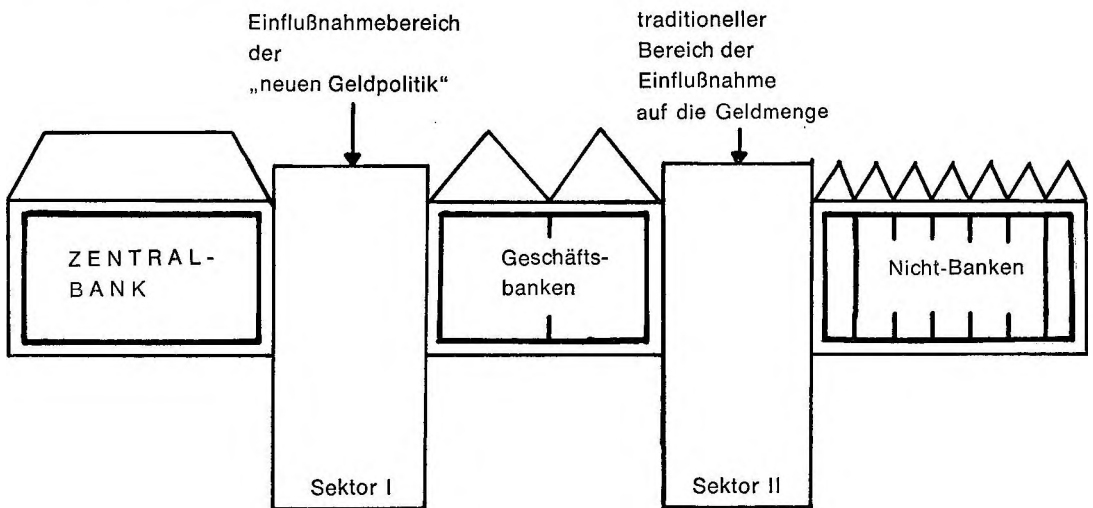
Die bisherige Politik bestand darin, den Geschäftsbanken die Geldabflußkanäle in die Wirtschaft zu regeln. Sie wird abgelöst durch eine Politik der pauschalen Zuflußregulierung, denn

„die vielfältigen Arten der Geldentstehung haben gemeinsam, daß dafür Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt werden muß. Zentralbankgeld aber kann nur die Bundesbank schaffen.“ (Vgl. Darst. 7)

So der SVR im Jahresgutachten 1974/75 unter Ziffer 378.

*) Schon zweimal gab es in der deutschen Geschichte 1000 Mark pro Kopf: 1920 und 1945. Beide Male dauerte es noch drei Jahre bis zum Krach.

Traditionelle und neue Geldpolitik



Darstellung 7

Lange blieb der SVR diesen Entwicklungen verschlossen. Im 10. Jahresgutachten erfolgt der Denkschwung. Nach zaghaften Formulierungen lesen wir ein Jahr später:

„Unbestreitbar ist, daß ein Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation besteht.“

(JG 74/75 Ziff. 375)

Wenn ein derart meinungsbildendes Gremium sich von einem Saulus zum Paulus wandelt, können wir seiner Begeisterung über die neue monetaristische Erkenntnis, die aus Europa kam, und nun wieder zurückkehrt, nur beipflichten.

„Der ordnungspolitische Rang ... ist durchaus den ordnungspolitischen Grundentscheidungen der frühen Nachkriegsjahre vergleichbar.“

(JG 74/75 Ziff. 31 Kf)

Als letzter in der Reihe derer, die es immer schon gewußt haben – oder es zumindest hätten wissen müssen – distanziert sich der SVR von Keynes:

„Wird das Geldangebot streng begrenzt, so ist es nicht mehr nötig, von den öffentlichen Haushalten eine generell antizyklische Finanzpolitik zu verlangen.“ (Jg 74/75 Ziff. 416)

8.0

Was bleibt für den konsequenten Monetarismus?

„Wär' der Gedanke nicht so verwünscht gewesen, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“

Schiller: Piccolomini

An dieser Stelle empfiehlt sich eine Einteilung volkswirtschaftlicher Denk- und Argumentationsweisen.

Die volkswirtschaftliche Herausforderung par excellence stellt der Krisenzyklus dar. Nach Weber'scher Auffassung, die im Grunde eine Kopie naturwissenschaftlicher Betrachtungsweisen ist, untersucht der Volkswirt nüchtern und wertfrei die Zusammenhänge. Sein Ideal ist der Astronom, der ja auch nicht beabsichtigt, aus der Milchstraße eine Einbahnstraße zu machen. Dieser Richtung entstammen alle Volkswirte, die Hayek als die „verlorene Generation bezeichnet, die die Krisen analysierten, beschreiben und voraussagten, das Handeln aber den Politikern und der Lobby überließen.“ Der sich seit ca. 1800 bis heute hinziehende Krisenmechanismus prägte ihre Vorstellung und gab ihr „Grundlage und festes Gerüst für ihre Überlegungen, die ein ... zyklisches Denkschema bildeten, von dem sie

sich keine Ausnahme vorstellen konnten.“⁴⁶⁾ Ihre Arbeits- und Denkergebnisse auf die Ingenieurwissenschaften übertragen hätten uns heute noch nicht das Rad beschert, allenfalls ein dreieckiges! Die Fehlentwicklungen der kapitalistisch infizierten Marktwirtschaft riefen die ersten Fundamentalisten auf den Plan, die mit einer grundlegenden Analyse aufwarteten und diese auch in die Tat umsetzen wollten. Alle Anhänger des Marxismus gehören hierzu. Sie stellen das System güterwirtschaftlich und produktionsbezogen in Frage mit der Absicht der Revolution.

Die standpunktorientierte, finale volkswirtschaftliche Denkweise beginnt mit Schmoller. Sie tritt der Standpunklosigkeit unter dem Vorwand der Neutralität und Wertfreiheit entgegen.

In dem Maße, wie die letzten Krisen immer schärfer zutage treten, finden die Fundamentalisten Zulauf, die die Fehlentwicklungen des westlichen Systems in seiner antiquierten Geldverfassung begründet sehen und hier auf Evolution drängen. Friedman und seine Anhänger – der besseren Unterscheidung wegen naive Monetaristen zu nennen – gehören hierhin. Der konsequente Monetarismus unterscheidet sich teils in der Analyse, teils in der Therapie, wie noch darzustellen sein wird.

Ist für die naiven Theoretiker der Monetarismus eine Frage der groben Steuerung der Geldangebotspolitik durch die Zentralbank, so analysiert der konsequente Monetarismus die heutigen Fehlentwicklungen als Geldmengen- und als Geldsteuerungsproblem, woraus sich die unterschiedlichen Vorschläge zur Wirtschaftspolitik ergeben. (vgl. Darst. 9), Seite 27)

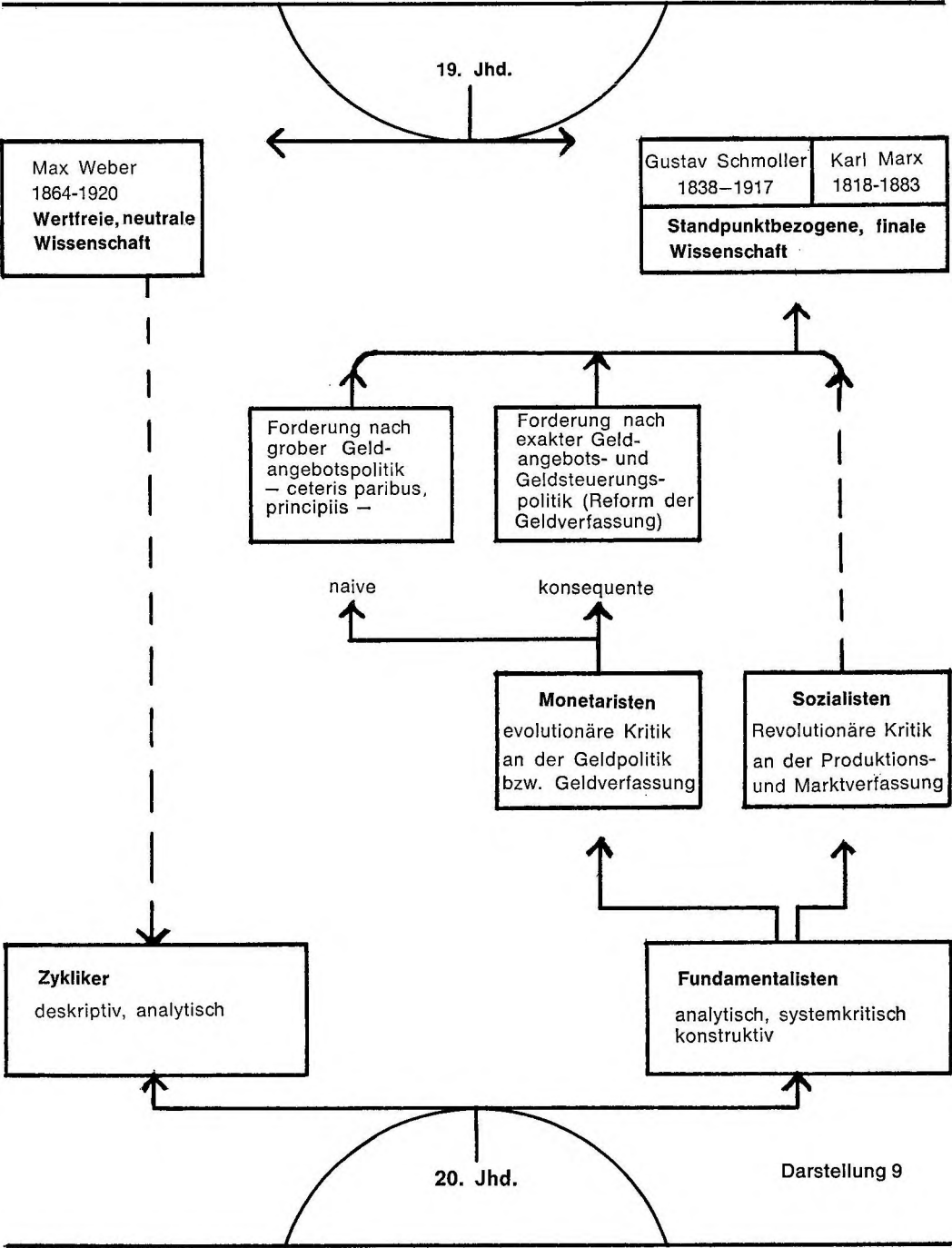
Ich erinnere an die Schwenkung der Bundesbank um 90 ° in der Geldpolitik:

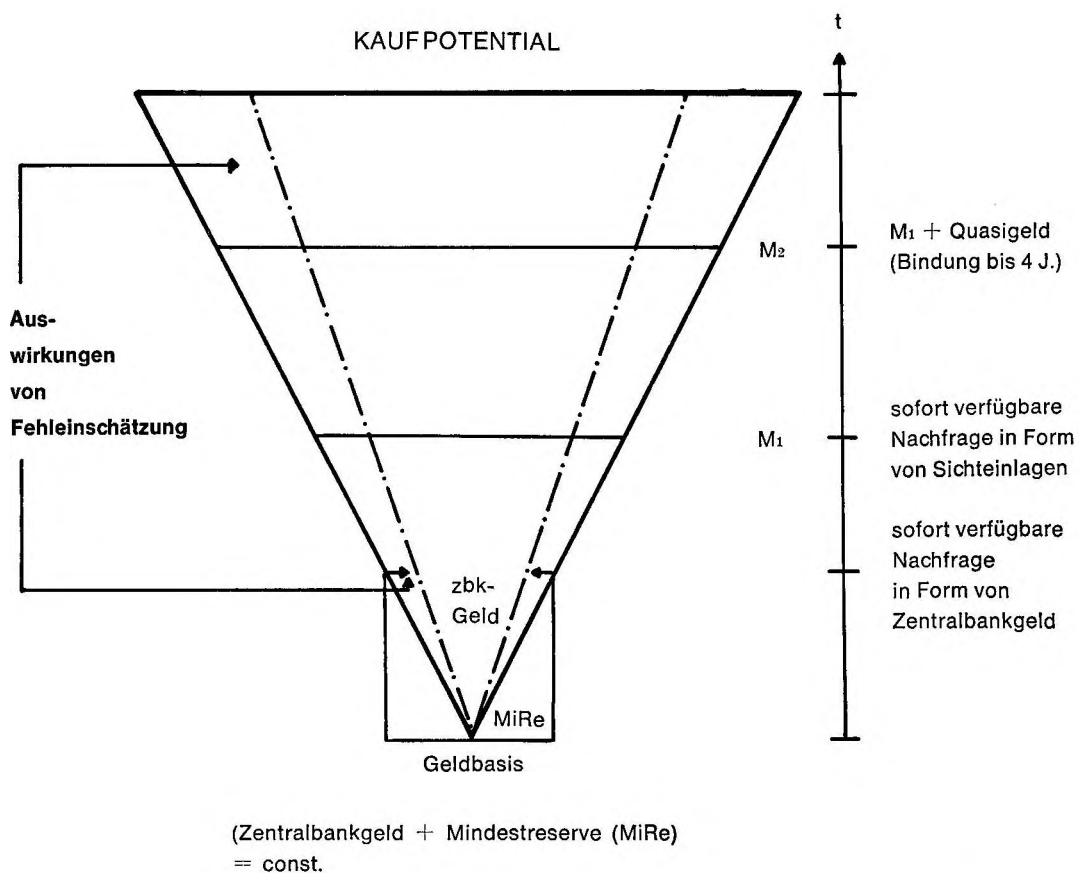
1. Kontingentierung der Geldmenge
2. Verlagerung des Eingriffs

Der Geldfluß der Wirtschaft läuft von der Zentralbank über die Geschäftsbanken, – Sektor I – und von den Geschäftsbanken an die Nicht-Banken – Sektor II –. Traditionell wurde im Sektor II versucht, mit wechselndem Erfolg die unkontrollierte Geldmenge zu bändigen. 45)

Geldpolitik setzt quantitativ im Sektor I an. Den Banken wird die operative Geldmenge schon im Bereich des Mittelzuflusses kontingentiert. (vgl. Darst. 7)

Hiermit haben wir zweifellos eine bedeutende Verbesserung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums erreicht, was Überlegungen für seine Fortentwicklungen nach sich zieht.





Darstellung 8

Auch die Methode der heutigen Monetaristen ist gegenüber früheren Betrachtungsweisen ein Fortschritt hin zu einem geordneten Geldwesen. Sie ist aber noch keineswegs konsequent monetaristisch!

Die früher unbekannte Geldbasis ist heute

1. auf Zukunftserwartungen spekulativ ausgerichtet,
2. quantitativ zu ungenau,
3. ohne gesetzlichen Auftrag schlecht kontrollierbar,
4. löst ein Operieren mit ihr nicht das Problem der Liquiditätsfalle.

Zu 1: Welche Inflationsrate wird toleriert und wer bestimmt sie? Sind Spekulationen über 4 % Wachstum real, wenn man weder weiß, wie sich die Konsumenten, noch wie sich die Investoren verhalten? Wenn sie reagieren, mit welcher Intensität, sprich Auswirkung auf U? Wie wollen wir der Zeitverzögerung bei Anpassungsmaßnahmen Rechnung tragen?

Zu 2: Wir kennen die Gefahr, die sich aus einer nur geringen Fehlerquote in der Geldbasis ergibt, denn sie ist die Grundlage für die Vermehrung des Buchgeldes – Sichteinlagen und terminlich gebundene Gelder. Dieses Buchgeld macht bei M 1 ca 65 % und bei M 2 ca. 80 % aus. Fehler in der Geldbasis wirken überproportional. (vgl. Darst. 8)

Die 8 % geplanten Zuwachses sind ein harmlos scheinendes Hydra-Ei. Das

„bei den Banken aufgebaute Kreditpotential ... die freien Liquiditätsreserven-, die jederzeit in Bargeld umgewandelt werden können, hatten am Jahresende ... rd. 15 Mrd. DM erreicht.“

Für eine größere private Kreditnachfrage und für einen staatlichen Verschuldungsspielraum (!) von 50–60 Mrd.

„reicht die Liquiditätsvorgabe ... auf alle Fälle bis weit in das Jahr 1976 hinein“. ⁴⁷

„we now feel that our monetary policy has done enough to fuel the recovery. In our endeavour to hit the monetary growth target as fast as possible, we may even have overshoot the mark and pumped too much liquidity into the system ... so we have to wait and see how fast the economy will take up the slack both in productive potential and in unutilised monetary liquidity.“ 48) (Übers. S. 35)

„... Die neue mengenorientierte Geldpolitik wird seit Anfang 1973 betrieben. Selbstverständlich hat sich auch die Bundesbank erst auf die teilweise unerwarteten Konsequenzen

einer fast totalen Herrschaft über die Geldversorgung einstellen müssen. Vor allem die ersten Monate der neuen Politik konnte man rückschauend als ‚Zeit der Experimente‘ bezeichnen.“ 49)

Wir halten fest, daß man bei allem Fortschritt noch bei der Geldbasis und der von ihr abhängigen Kreditausweitung mit der Stange im Nebel herumstochert. Die Unsicherheit bedingt Großzügigkeit und Großzügigkeit in der Geldversorgung ist inflationsträchtig.

Wie also könnten die positiven Ansätze weiterentwickelt werden? Dazu bedarf es zunächst einer exakten Größe für die Geldbasis, die von einem exakten Maßstab abhängig sein muß und ferner des rechtzeitigen Eingriffsmoments.

Zum ersten: Bedeutet Geldmangel ein Sinken, und Geldüberfluß ein Steigen des Preisniveaus, dann ist der Idealzustand wohl die „richtige“ Geldmenge. Wir messen sie über den Lebenshaltungskostenindex, und eine Veränderung beobachten wir mit Argusaugen.

Interessanterweise gehen die Vorstellungen für eine „künftige Währung“ auf dem erwähnten Zionistenkongreß in Basel bezüglich der Geldmengensteuerung in eine ähnliche Richtung.

„Die Ausgabe neuen Geldes muß mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt halten, wobei auch die Kinder mitzuzählen sind, da sie vom Tage ihrer Geburt einen erheblichen Geldverkehr verursachen.“ ⁵⁰⁾

Ist eine solche Ansicht zwar naiv, so ist sie doch im Kern richtig.

Geradezu modern und richtig mutet uns aber der Satz an

„In unserem Staat muß eine Währung eingeführt werden, die sich auf die Kosten der Lebenshaltung aufbaut.“

Genauso formuliert im Jahre 1975 v. Schelling, der vorschlägt, die Bundesbank gesetzlich zu verpflichten,

„die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft so zu regeln, daß der Wert der DM am Lebenshaltungskostenindex gerechnet, nach oben und unten möglichst unverändert bleibt“. ⁵¹⁾

Hiermit haben wir nun einen exakten Maßstab für Stabilität. Er läßt jedoch noch Wünsche offen bezüglich des Eingriffsmoments für Steuerungsmaßnahmen.

Zum zweiten: Die Zeitverzögerung der Deficit-Spending-Policy bleibt auch bei der Geldbasissteuerung und der Ausrichtung an dem Index der Lebenshaltungskosten bestehen.

Dieser time-lag ist aber für eine verlässliche Konjunkturbeeinflussung untragbar. Hier verharmlost der Satz im Bundesbank-Geschäftsbericht für das Jahr 1974 auf S. 42, wenn dort steht:

„Eine Korrektur des einmal gewählten monetären Wachstumszieles müßte daher in Betracht gezogen werden, wenn sich zeigen sollte, daß die monetäre Zielsetzung der gesamtwirtschaftlichen Konstellation nicht mehr gerecht wird.“

Der erwähnte Index ist eine ex-post-Größe. Sie ist schon real und darum als Maßstab für Vorsorgemaßnahmen zu spät. Aber die Vorboten dieses Maßstabes könnten das Problem lösen. Jede Veränderung des Preisniveaus beginnt im Index der industriellen Netto-Produktion, findet sich wieder im Index des Auftragseinganges der Industrie und wird unterteilt in Grundstoff-, Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterindustrie-Indices. Wir kennen den Index der industriellen und der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, den Großhandels- und Einzelhandelsindex und diese ganze Kette endet im Lebenshaltungskostenindex. (vgl. Darst. 10)

Alle diese Größen statistisch gewichtet und zusammengefaßt könnten den Geldstabilisierungsindex liefern, der mit Schwerpunkt im Großhandel uns rechtzeitig die Information liefert, wie wir die Geldbasis variieren müssen. Eine interessante Aufgabe für Statistiker.

Zu 3: Der Maßstab für die Stabilität, die Genauigkeit des Eingriffsmomentes für Steuerungsmaßnahmen bedürfen der Kontrolle und ggf. der Sanktion. Hierzu schreibt Friedman in „Kapitalismus und Freiheit“:

„Man muß Regeln für die Führung der Geldpolitik gesetzlich festgelegt haben, um die Öffentlichkeit in die Lage zu versetzen, durch ihren politischen Sachverstand die Geldpolitik zu kontrollieren, und Regeln, die gleichzeitig verhindern, daß die Geldpolitik den täglichen Launen politischer Autoritäten unterworfen wird.“⁵²⁾

Das Ergebnis unserer bisherigen Überlegungen wäre eine exakte Kontrolle der genauen Geldmenge und ihre verzögerungslose Anpassung an den Produktionsprozeß.

Zu 4: Die Schwachstelle des Geldumlaufs in unserer Geldverfassung wurde schon analysiert und in ihren Folgen grundsätzlich und auf die jetzige Krise bezogen dargelegt.

In bestimmten Fällen reicht eine Geldvermehrung nicht aus, den Wirtschaftsprozess anzuregen bzw. in Gang zu halten. Es ist der Fall bei einem Sinken des landesüblichen Zinsfußes infolge einer

längeren Wohlstandswirtschaft, dann bereitet uns der Geldentzug aus Rentabilitätsgründen seitens der Kapitaleigner den Kollaps. In einer Krise sind die Angst der Konsumenten und Arbeitslosen und die damit verbundene Unlust der Unternehmer die Faktoren, die den Geldumlauf hemmen.

Alle bisherigen heutigen Maßnahmen sind inzwischen falsifiziert. Dem wichtigsten bisherigen Staatsinstrument, der Inflation, sollten wir wohl aus Überzeugung ade sagen. Gleichzeitig verabschieden wir damit die inflationsträchtige Politik der Anreize, der Staatsverschuldung und der Politik des billigen Geldes. Die Inflation war aber das einzige Mittel, mit dem wir die Umlaufgeschwindigkeit, wenn schon nicht steuern, so doch beeinflussen konnten. Ich erinnere an die Notwendigkeit: Wer Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus! Ich erinnere an die Versuche in der Geschichte, dem Geld Beine zu machen: Tierknöchel, renovatio monetarum, die Umlaufsteuer bei den Zionisten, der Gedanke des Freigeldes bei Gesell,^{*)} die Vorstellung rostender Banknoten bei Keynes. Häufig wird eingewendet, Sparen und Wertübertragung würden so unmöglich, ja, der Wertmaßstab selbst gerate in Gefahr, wenn das Geld planmäßig weniger wert werde. Schacht führt in dieser Richtung aus:

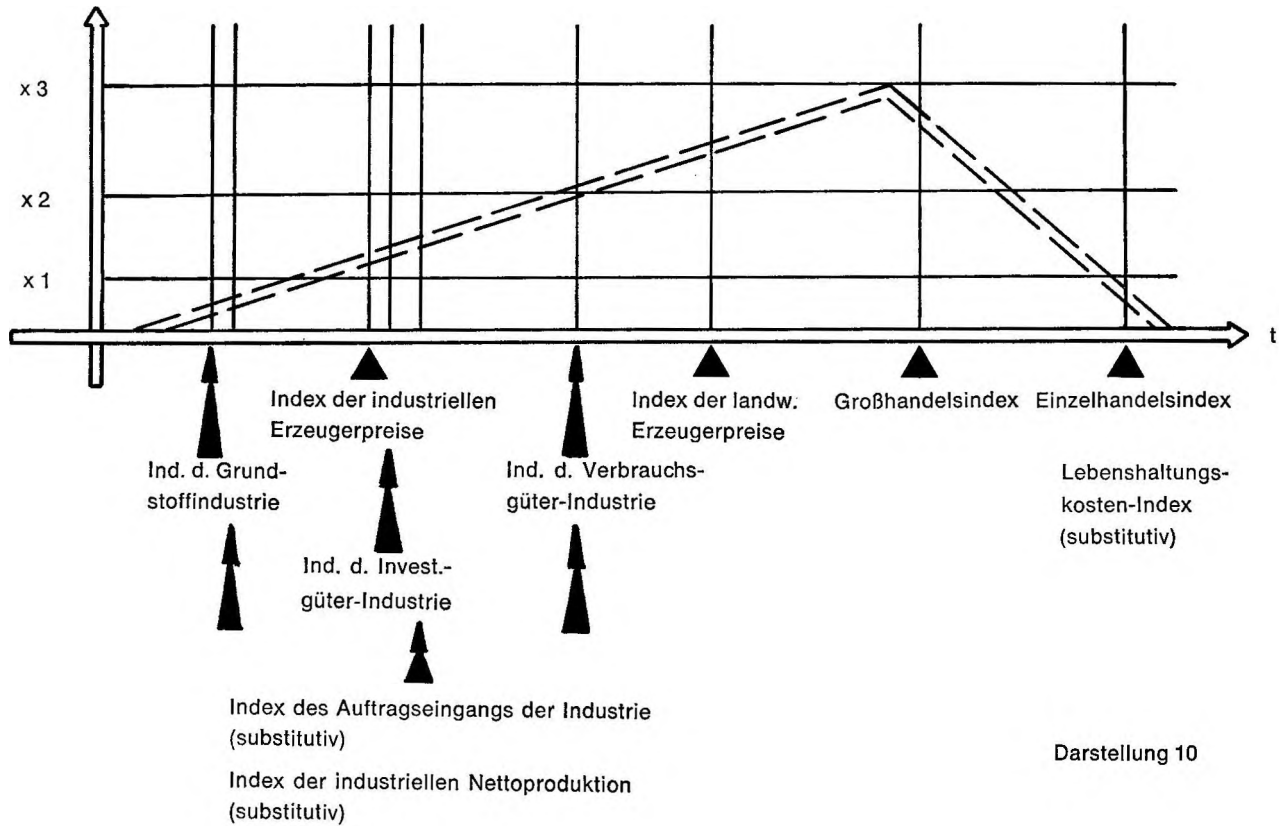
„Da in der modernen Wirtschaft der Austausch zweier Güter nicht immer auf den gleichen Zeitpunkt fällt, muß das Geld neben dem Tauschmittel eine zweite Eigenschaft besitzen. Es muß, solange es nicht zum Tausch verwendet wird, seinen Wert behalten. Die moderne Wirtschaft lebt nicht von der Hand in den Mund. Sie braucht zeitlich langes Planen, Disponieren auf Zeit... Für solche Wirtschaften ist ein wertbeständiges Tauschmittel unerlässlich.“⁵⁴⁾

Ganz abgesehen davon, daß wir auch heute kein wertbeständiges Tauschmittel haben, und uns das zwar stört, aber nicht am Handel hindert, erkennt man bei den o. a. Vorschlägen den Unterschied zwischen dem Preis z. B. für ein kg. Brot von 1,— und dem Geldschein von 1,— und der Forderung über 1,— DM.

^{*)} „Da die Besitzer der Waren es mit dem Tausch eilig haben, so will es die Gerechtigkeit, daß der Besitzer des Tauschmittels es auch eilig haben soll. Das Angebot steht unter unmittelbarem eigengesetzlichen Zwang, so soll auch die Nachfrage unter den gleichen Zwang gestellt werden.“⁵⁵⁾

Gewichtungsfaktor

Schematische Darstellung des
Währungsstabilisierungs-Indexes
als Grundlage für eine exakte Geldangebotspolitik



Darstellung 10

Konstant und unbeeinflusst bleibt a) der Preis und b) die Forderung, nur der Schein „altert“. Er soll es ja gerade deswegen, weil er dann in der einzig sinnvollen Weise benutzt wird. So wird auch das Sparen nicht unmöglich, sondern erst wertbeständig möglich, weil es eine Forderung enthält! Wem es immer noch schwer fällt, sich in diesem System zurechtzufinden, mag sich eine Währung aus Hühnereiern vorstellen.

Wir finden die Umlaufgeschwindigkeit verschämt angesprochen im Jahresgutachten des Sachverständigenrates:

„Freilich muß der Anstoß zu Preissteigerungen nicht von der Geldexpansion kommen.“⁵⁶

Völlig richtig, meine ich, zumal

„Staat und Unternehmer und Gewerkschaften den Geldwertschwund antizipieren.“⁵⁷

was wiederum nichts anders heißt, als daß alle bestrebt sind, durch schnelles Geldausgeben und Preiserhöhung im Einzelfall die Inflationsfolgen für sich zu mildern.

Damit hätten wir unser Geldtheoriedefizit aus der Welt geschafft. Wir hätten eine Geldverfassung, die es jedem ermöglicht,

a) die Richtigkeit der Maßnahmen im Geldwesen zu kontrollieren. Sie sind immer falsch, wenn die Stabilität der Währung leidet. Währung kommt von „währen“.

Die Methoden, um dieses Ziel zu erreichen bestehen in

- b) die Geldbasis und das Kreditpotential zu steuern, ferner
- c) den Umlauf des Geldes zu sichern, wenn dieser besonders bei sinkendem Zinsfuß zu stocken droht.

Die Absicht, die bereinigte Quantitätstheorie des Geldes durchzuführen und damit zur absoluten Währung zu gelangen muß ihren Niederschlag finden in

d) der gesetzlichen Festlegung der Bundesbank. Unter jetzigen Umständen ist es völlig sinnlos, auf die Bundesbank zu schimpfen. Wir müssen uns erst darüber im klaren sein, was theoretisch möglich und praktisch realisierbar ist. Die Absicherung nach außen müßte über freie Wechselkurse erfolgen.

„Voraussetzung für jedes Stabilisierungsprogramm ist eine wirksame außenpolitischen Absicherung ... Nur ein freier Wechselkurs kann die Bundesbank aus der in einer inflationierenden Umwelt unerfüllbaren Verpflichtung lösen, sowohl außenwirtschaftliche (Zahlungsbilanzausgleich) als auch binnenwirtschaftliche Ziele (Stabilität) zu verfolgen.“

(Konzept zur Rückgewinnung der Stabilität, Dürr, Erhard u. a. 1974)

Stability begins at home, und praktizieren wir die bereinigte Quantitätstheorie, dann steht der Ausspruch von Staatssekretär Dr. Schlecht auf einem soliden Fundament:

„Der ... Verlauf der Wechselkurse ist ... vor allem ein Reflex der stabilitätspolitischen Qualität der Wirtschaftspolitik eines Landes im Vergleich zu einem anderen.“⁵⁸

Eine solche Basis würde keine Grundlage bieten für Unstetigkeit im Wechselkurs. Je mehr Länder dieses Modell übernehmen, umso mehr kämen wir zu dem Zustand, de jure freie, de facto aber feste Wechselkurse zu haben, die auch inzwischen verzweifelten Europäern wieder Mut machen könnten.

Eine Gefahr, daß wir im Außenhandel langfristig Einbußen erleiden, wenn wir eine solide Geldangebots- und Geldsteuerpolitik betreiben, besteht m. E. nicht, denn erstens wird davon nicht Art und Güte unserer Produkte berührt und zweitens „bestimmt dann die innere Stabilität den Wechselkurs der Währung“⁵⁹), um nochmals Herrn Eminger zu zitieren.

9.0 Die Ergänzung der Geldangebotspolitik durch eine marktwirtschaftlich orientierte Geldnachfrage- liberalisierung

„...praktisch alle Regierungen haben ihr Monopol der Geldausgabe dazu benutzt, ihre Völker zu betrügen und auszuplündern.

Was so gefährlich ist, und was beseitigt werden sollte, ist nicht das Recht der Regierungen zur Geldausgabe, sondern ihr Monopol dazu und ihre Macht, die Menschen zu zwingen, das von ihr geschaffene Geld zu einem von ihr bestimmten ‚Preis‘ anzunehmen und zu verwenden.“⁶⁰

Mit diesen Kernsätzen bringt v. Hayek einen Gesichtspunkt in die Diskussion, der für sich alleine nur ein müdes Lächeln ernten kann.

„Es gäbe keine bessere Prüfung dafür, ob eine Währung durch eine Regierung mißbraucht wird, wenn das Volk jene Währung zurückweisen könnte, der es mißtraut.“⁶⁰

Nach all dem, was wir über die bisherige mangelhafte und auch heute noch nicht konsequente Geldangebotspolitik gehört haben, hätte „das Volk“ nur noch die Wahl zwischen mehreren Übeln. Ja, eine weitere Verbreitung und Streuung des Geldes einer Währung, die evtl. noch relativ stabil wäre, würde seine Kontrolle und damit seine Stabilerhaltung immer mehr erschweren, denn alle Faktoren der Geldangebotspolitik dieser Währung würden unterminiert.

Schafft man aber die Voraussetzungen für eine genaue, am Sozialprodukt orientierte Geldversorgung, mißt mit der Elle der Stabilität, eicht die Elle mit einem Geldwertindex, sorgt dafür, daß die Steuerungsmechanismen rechtzeitig greifen und verhindert die Mißbrauchsmöglichkeiten des Geldes durch seine Benutzer, dann ist der Vorschlag, in die Geldverwendung ein Wettbewerbselement einzubauen, welches die Regierungen zusätzlich zur Stabilität motiviert, geradezu genial.

Dann könnte man mit v. Hayeck einig sein:

„Im Ergebnis würden schließlich die Währungen jener Staaten, die eine der Geldwertstabilität verpflichtete Politik betreiben, die weniger stabilen Währungen verdrängen. Der Mut zur Geldwertstabilität würde bald zu einem eifersüchtig gepflegten Attribut all jener, die das Monopol der Geldausgabe verwalten, da jede Abweichung vom Pfad dieser Tugend das Vertrauen und damit die Nachfrage nach dieser Währung mindern würde.“

Fehlen die genannten Voraussetzungen jedoch, kann man nur kopfschüttelnd fragen: Wie denn?

10. Eine Volkswirtschaft ohne Inflation und Arbeitslosigkeit

„Volenti non fit iniuria“

Ulpian 170–225

Dem, der es so haben will, geschieht kein Unrecht

Ich habe mich bemüht, Ihnen dazulegen, daß die Unordnung im Gelde die Krisen der Vergangenheit verschuldete – genauer: jene haben sie verschuldet, die sich nicht um eine Ordnung bemüht haben, obwohl es ihre Pflicht gewesen wäre. Ich habe Ihnen die grundsätzlichen Fehler unserer Geldverfassung aufzuzeigen versucht und die Folgen analysiert. Ich vertrete die Ansicht, daß

alle diese Folgen den arbeitenden Menschen allgemein und den unabhängig Beschäftigten besonders trafen. Auch für den Unternehmer ist die Zins- und Krisenwirtschaft kein Schlaraffenland. Ich habe aber noch nie einen Unternehmer gesehen, der mit Lust, freiwillig und zum eigenen Vorteil Leute entlassen hätte. Passierte das, dann agierte der Unternehmer nicht, sondern reagierte. Die Frage der Arbeitslosigkeit mündet also in der Frage nach der Ordnung in unserem Geldwesen. Sie berührt eng die Frage, ob wir leistungsfremde und mühelose Einkommen in einer Leistungsgesellschaft gleichzeitig mit Arbeitslosigkeit hinnehmen können, dies umso mehr, als zwischen beiden Aspekten noch ein Kausalzusammenhang besteht.

Im Prinzip ist das Geldwesen der einzige Bereich, der in einer Marktwirtschaft geplant und geordnet werden muß! An der Unordnung leiden fast alle und profitieren nur wenige.

Versuchen Sie einmal in einer Mußstunde, sich eine Wirtschaft vorzustellen, die ohne Inflation, ohne Krise, ohne Arbeitslosigkeit, ohne aufgezehrte Ersparnisse, ohne zunehmende Staatsverschuldung und ohne Kapitalpensionäre existiert. Stellen Sie sich vor, eine solche Wirtschaft habe es seit 1900 gegeben. Ziehen Sie aus allen politischen und dann militärischen Querelen die ökonomischen Komponente heraus, und von den Furien bleiben nur noch blasse Schatten.

Stellen Sie sich vor, der Unternehmer dränge sich danach, Ihre Wünsche zu erfüllen, weil Sie über die nötige Kaufkraft verfügen. Sie selbst arbeiten gern, weil Sie die Früchte Ihrer Arbeit ernten, weil Sie konsumieren, sparen und risikolos planen können.

Der Staat wird ein gut Teil lästigen Ballast los, der ihm heute anhängt und ihm und seinen Beamten den Vorwurf einträgt, wir trieben in die Staatswirtschaft. 5 % Planung im Geldwesen und wir können uns 95 % Planung in allen übrigen Bereichen sparen. Unser Finanzminister brauchte nicht mehr traurige Vorträge zu halten über „Finanznot in Staat und Gemeinden“. Der Staat könnte sein Steueraufkommen aus dem Überfluß, statt aus dem Mangel schöpfen. Der politische Radikalismus hätte keine Chance, denn Zivilisations- und Kulturstand wären die wichtigsten, Staat und Demokratie stützenden Bereiche. Sie wären nicht wie heute die lästigen Bittsteller am öffentlichen Subventionsfonds.

Der Ostblock würde seine Grenzen noch dichter machen, denn wir hätten etwas erreicht, was selbst im Vaterland der Werktätigen noch fehlt: Die Sozialpflichtigkeit des Geldes!

11.0 Diskussionsbeiträge

– „Das Sein bestimmt das Bewußtsein!“? –
(Hegel)

Die Fixiertheit und geringe Flexibilität unseres Denkens können wir am besten daran erkennen, daß wir auch hier mit ungleichen Maßstäben messen, wenn es sich darum handelt, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu begutachten.

In der Realität sind wir kurzsichtig und geneigt, bestehende Übelstände von der Größe eines Elefanten zur Mücke werden zu lassen. Bei der Prüfung von Modellvorstellungen aber ist es unsere Neigung, weitsichtig aus jeder Mücke einen Elefanten zu machen.

Ein Votum wurde für eine umfassendere Wertung der Arbeit des Sachverständigenrates abgegeben, „der es wirklich nicht verdient habe, in dieser Form beurteilt zu werden.“ Der Vortragende gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß es ihm nicht um die Gesamtwertung der Arbeit des SVR gegangen sei –, diese stehe außerhalb jeden Zweifels-, sondern um den hier anstehenden monetären Aspekt und in dem Punkt habe der SVR, wie aus den zitierten Daten hervorgehe, tatsächlich keine Lorbeeren zu verzeichnen.

Weiterhin wurde dafür plädiert, die „Säkulare Inflation“ und den „Einfluß der Gewerkschaften“ mehr zu beachten. Dagegen wurde die Tabelle 1 der internationalen Reserven aus IMF, International Financial Statistics ins Feld geführt, ⁶¹⁾ die von 1950–1960 eine durchschnittliche Zunahme der Reserven in US-\$ und SZR von 2,7 %, aufweisen. Von 1970–1974 sei eine Steigerung von ca. 20 % jährlich mit dem Spitzensatz von 41 % bei US-\$ und 29,9 % bei SZR im Jahre 1971 errechnet worden. Hier sei international dasselbe gesehen, was wir auch national zu beklagen hätten: Die Unordnung im Geldwesen führe zum Geldunwesen.

Der Einfluß der Gewerkschaften auf diese Zusammenhänge sei eine quantité négligeable; noch nie habe eine Gewerkschaft auch nur einen Hundertmarkschein gedruckt.

Ein weiteres Votum trat für die von der herrschenden Lehre vertretene Gleichbedeutung von Währungspolitik, Einkommens- und Fiskalpolitik ein. Im Referat sei der erste Punkt zu sehr betont worden. Hierauf wurde der Standpunkt vertreten, daß in konsequent-monetaristischer Betrachtungsweise die Währungspolitik die Basis für eine versachlichte Einkommenspolitik der Tarifpartner darstelle, in die sich der Staat nicht einmischen solle, weil hier marktwirtschaftliche

Prozesse abläufen. Bei einem geordneten Geldwesen, wie es der konsequente Monetarismus vertrete, sei auch die Fiskalpolitik weitgehend ihrer heutigen Problematik enthoben. Man könne eine gesunde Kuh besser melken, als eine abgewirtschaftete Kreatur.

Die Indexierung war Anlaß zu dem Votum, auf Brasilien hinzuweisen, wo man mit diesem Verfahren die Inflationsquote auf ca. 15 % habe hinunterdrücken können. An Ort und Stelle habe man sich von dem Verfahren und von seiner Brauchbarkeit für unsere Verhältnisse überzeugen wollen. Es sei, wie die Erfahrung zeige, kein Patentrezept. So sei auch der Vorschlag im Referat zu beurteilen. Dagegen ist anzumerken, daß in den Publikationen des International Monetary Fund und der World Bank Group von Sept. 1975 in Nr. 3 ein ausführlicher Artikel: „Indexing“, versus discretionary action – Brazil's fight against inflation“ von Jack D. Guenther erschien. Er beschreibt das „System der Indexierung“, oder der „monetären Korrekturen“. „Dies sieht vor, daß Löhne, finanzielle Verbindlichkeiten, Steuern, der Wechselkurs und andere ökonomische Variable im gleichen Maß ansteigen, wie das allgemeine Preisniveau.“ (S. 24 ff)

Tatsächlich wurden in der Bundestagsdebatte vom 20.–22. Mai 1974 diese Gedanken erörtert und von allen Parteien gegen die Befürwortung durch mehrere Ökonomie-Professoren abgelehnt. Der Referent schloß sich dieser Argumentation des BT an.

„Ich kann mir nicht helfen; ein Anpassungsmechanismus in Permanenz an die Geldwertung, verstanden als Ausweg aus der Inflation – dies könnte eine Erfindung Münchhausens sein.“ (62)

Man könnte sich auch eine Fabrik vorstellen, die mit ihren Abgasen die Umgebung verpestet und über eine eigene Ladenkette saubere Luft in Dosen vertreibt. Ein Indexierungsvorschlag dieser Art hat also kaum etwas zu tun mit dem im Referat entwickelten Instrument des Stabilisierungsindexex.

Mit dem Votum, sich Gedanken über die Durchsetzbarkeit der Vorschläge zu machen, wenn sie in einem kleinen Arbeitskreis bestanden haben würden, wurde die Diskussion fortgeführt. Solche Vorschläge zu durchdenken, wurde erwidert, sei Aufgabe des Wissenschaftlers. Er könne sie auch in geeigneter Form den Politikern erläutern und mit ihnen diskutieren. Die Durchsetzung sei im Sinne einer Smith'schen Arbeitsteilung Sache der politisch Verantwortlichen. Auch im Sinne einer solchen Arbeitsteilung sei die aufgeworfene Frage zu lösen, wie denn die Technik einer Um-

laufsicherung funktionieren könne. Abgesehen davon, daß darüber reichlich Literatur vorläge, sei dies eine Frage der Technik, über die ein Heer von Technokraten nachdenken könne, wenn das Prinzip erkannt und von den Politikern gebilligt sei. Das heutige Automobil sei auch nicht so von Daimler konzipiert worden. Eine Armee namenloser Ingenieure und Schlosser sei dafür verantwortlich.

Ein Votum wies darauf hin, daß die geäußerten Gedanken „dem Denken des 19. Jhd. entsprechen.“ Herbert Stein, Chairman Council of Economic Advisers, formulierte vor der International Monetary Conference in Williamsburg, Virginia:

„...das Vertrauen auf Neuerungen und die fanatische Suche nach ihnen gehören zu den vielen Ursachen der gegenwärtigen, dauernden Weltinflation ... Es gibt aber einen weit-

verbreiteten Glauben, daß gleich um die Ecke, nur in Erwartung, entdeckt oder angewandt zu werden, ein Heilmittel existiert.“

Er führte dann einige Überlegungen Nixons zur disziplinierten Geldangebotspolitik an. Diese entlockten dem Congress-Mitglied Reuss die Bemerkung von „den alten, ausgeleiterten Rezepten“. Stein kommentiert dazu: ⁶³⁾

„Dieser Beitrag erinnert mich an meine Arztbesuche. Dort sagt man mir, ich solle wenigstens 30 Pfund abnehmen. Ich frage meinen Arzt immer in der Hoffnung, irgendeine verheißungsvolle medizinische Entdeckung sei gemacht, wie ich es anstellen solle. Er kommt mir immer mit demselben alten, ausgeleiterten Rezept: Weniger essen. Ich beginne, an der Medizin des 20. Jhd. zu verzweifeln. Sie ähnelt so sehr der des 18. Jhd.“

Übers. v. Seite 1:

Man kann das Problem von Armut und Zunahme des Reichtums sehr einfach miteinander in Zusammenhang bringen: Die Armen werden vom Reichtum nicht genügend gleich erreicht, und sie steuern zum Reichtum auch nicht beträchtlich genug bei.

Übers. v. Seite 25

„Wir haben jetzt den Eindruck, daß unsere Wirtschaftspolitik genug getan hat, die Wirtschaft in Gang zu bringen. In unseren Bemühungen, das monetäre Wachstumsziel so schnell wie möglich zu erreichen, können wir eventuell schon über das Ziel hinausgeschossen sein und zu viel Geld in das System gepumpt haben . . . Jetzt müssen wir warten und sehen, wie schnell die Wirtschaft reagiert. Sie kann es über Vergrößerung des Produktionspotentials oder indem sie das Geld ungenützt läßt.“

Professor Dr. Felix G. Binn
Grenzen der Marktwirtschaft

Preis DM 6,—

Konsequenter Monetarismus -
ein Weg zur Marktwirtschaft ohne Inflation und Arbeitslosigkeit
(Sonderausgabe von mtg Nr. 32)

Preis DM 8,—

Zu beziehen durch „Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit“
2 Hamburg 73, Redderblock 58

Quellenangabe und Literaturverzeichnis

- 1) stud. rer. pol. H. Diefenbach, Leserbrief in FAZ v. 9.2.'76
- 2) Meyer's Lexikon 1905 S. 589 f und 1927 S. 974 und S. Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, 1949 Lauf b. Nürnberg
- 3) Marx-Engels-Werke Berlin, Band 21 S. 111 1971
- 4) Marx-Engels-Werke a. a. O., S. 161 Seite 32
- 5) F. W. v. Schelling: Die Bundesbank in der Inflation, FFM 1975, vgl. Zahlen und Quellen in F. G. Binn: Grenzen der Marktwirtschaft
- 6) F. A. v. Hayeck: Choice in Currency — A way to stop Inflation London 1975 in Wirtschaftswoche 16/76 S. 50
- 7) Zahlen und Quellen in: F. G. Binn, „Grenzen der Marktwirtschaft“, Hamburg 1975, Veröff. der Stiftung für persönliche Freiheit, Hamburg 73, Redderblock 58
- 8) Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 11/76 v. 11. 3., S. 1
- 9) M. Guillaume: Le capital et son double, Paris 1975 Presses Univ. S. 9
- 10) F. A. v. Hayeck: a. a. O.
- 11) Handelsblatt v. 12. 3. 75
- 12) Handelsblatt v. 7. 8. Febr. 1976
- 13) Handelsblatt v. 15. 11. 74
- 14) Inst. der dt. Wirtschaft (IWD) Nr. 21 V/75 und eigene Berechn.
- 15) Wirtschaftswoche V/76 „Die Krise im Kapitalismus“
- 16) Handelsblatt 108 v. 10. 5. 75
- 17) K. Richebächer: Währung und Kreditmärkte Nr. 66 v. unveröff. Manuskript S. 10 f 24. 2. 76.
- 18) Dauphin-Meunier: Les Banques à travers les Ages Bd. 1, Paris 1937 S. 25, Übers. v. Verf.
- 19) K. Richebächer a. a. O. S. 1
- 20) IWD Nr. 22/75 S. 3
- 21) G. Haberler: Wirtschaftswachstum und Stabilität, Zürich 1975 21) S. 82 f
- 22) BT-Drucksache 2781 a. a. O.
- 23) L. Erhard in DIE WELT v. 20. 7. 72: Die Inflation ist eine unverzeihliche Sünde
- 24) G. zur Beek: Die Geheimnisse der Weisen von Zion, Verhandlungsberichte vom 1. Zionistenkongreß 1897 in Basel, 3. Aufl. Berlin 1919 S. 64.
- 25) Evolution 3/75 Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft, Talbach/CH
- 26) Dauphin-Meunier, a. a. O.
- 27) H. Dombrowski, Lagerkatalog 67 II/76 Münster
- 28) G. zur Beek, a. a. O. S. 63
W. Wannenmacher in Dte. Zeitung v. 5. 3. 76: Vorsorge wird bestraft
- 29) Geiger in Welt am Sonntag, Hamburg, v. 11. 4. 76: Kein Geld für neue Schulden
- 30) G. Haberler, a. a. O. S. 127
- 31) Haberler, a. a. O. S. 125
- 32) Ohm H.: Allg. Wirtschaftspolitik, Band 2, Berlin, NY 1974, S. 176 f
- 33) Haberler, a. a. O., S. 128
- 34) Haberler, a. a. O., S. 118 f
- 35) v. Schelling, a. a. O., S. 33
- 36) Haberler, S. 125
- 37) F. A. v. Hayeck, a. a. O.
- 38) G. zur Beek, a. a. O., S. 65
- 39) Evolution, a. a. O.
- 40) Schacht in Dte. Hochschullehrerzeitung
- 41) vergl. Sendung des NDR II. Progr. v. 21. 2. 76, 7.00 h von P. P. Cornand
- 42) Jahresgutachten des Sachverständigenrates (JG/SVR) 65/66 Ziff. 185
- 43) M. Frieman: Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart 1970 Vorwort

- 44) Financial Times: Adrian Dicks v. 10. 3. 76
- 45) F. G. Binn, a. a. O., S. 6
- 46) Richebächer, a. a. O., S. 3
- 47) H. Irmiler: Geldmengensteuerung ist keine Wunderwaffe, Vortrag vor der Hmb. Landesbk.-Girozentrale, ersch. i. Dt. Sparkassenzeitung Nr. 15 v. 24. 2. 76
- 48) Emminger in Financial Times v. 10. 3. 76: Bundesbank takes a long-term view von A Dicks
- 49) Geiger, a. a. O.
- 50) G. zur Beek, a. a. O., S. 65
- 51) v. Schelling, a. a. O., S. 47
- 52) Friedman, a. a. O., vergl. „Die Kontrolle über das Geld“, III. Kap.
- 53) S. Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, Kf., Lüdenscheid 1950, S. 80
- 54) H. H. G. Schacht: In Sorge um die Deutsche Mark, ersch. i. Quick Nr. 48/49 1964
- 55) S. Gesell, a. a. O., S. 78
- 56) Sachverständigenrat, JG 73/74 Ziff. 375
- 57) JG 67/68, 271/452
- 58) Schlecht Dr. Staatssekretär, in einer Rede vor der Wirtschaftsvereinigung des dt. Groß- und Außenhandels Berlin vom 25. 3. 76, unveröff. Manuskript
- 59) Emminger in Börsenzeitung v. 21. 2. 76
- 60) F. A. v. Hayeck, a. a. O.
- 61) Finance & Development, herausgeg. v. IMF/WBG Nr. 1, March 1976, H. Robert Heller: Währungsreserven, Geld und weltweite Inflation, S. 29, Wash. D. C.
- 62) Jürgen Ponto: Wirtschaft und Währung der BRD im Spannungsfeld neuer Entwicklungen, Vortrag vor dem Verband österr. Banken und Bankiers in Wien am 20. 5. 74, ersch. i. Dte. Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 37 v. 25. 6. 74
- 63) Herbert Stein, Remarks before the Int. Monet. Conf., ersch. i. Dte. Bbk.: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 34 v. 12. 6. 74, eig. Übers.

Darstellungsübersicht:

- Darst. 1: Analyse und Therapie nach Keynes
 Darst. 2: Die Trennung von Arbeit und Kapital im Unternehmen
 Darst. 3: Die Abhängigkeit der Zinshöhe von der Kapitalbildung und die sich daraus ergebende Projektrealisierung
 Darst. 4: Auswirkung der Kapitalverzinsung auf die Investitionsneigung
 Darst. 5: Der Einfluß von Veränderungen in der Geldumlaufgeschwindigkeit und der Geldmenge auf die Nachfrage
 Darst. 6: Der Zusammenhang zwischen Geldbasis und Nachfragepotential
 Darst. 7: Traditionelle und neue Geldpolitik
 Darst. 8: Auswirkungen von Fehleinschätzungen in der Geldbasis für das Kaufpotential in der Volkswirtschaft
 Darst. 9: Volkswirtschaftliche Denkschemata
 Darst. 10: Skizze des Geldwertstabilisierungs-Indexes

Abbildungsübersicht:

- Abb. 1: Wirtschaft auf dem Prüfstand
 Abb. 2: Krise im Kapitalismus
 Abb. 3: Lohneinbuße durch Rezession

„Stiftung für Persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit“

Die „Stiftung für Persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit“ wurde im Jahre 1973 gegründet. Sie wurde durch den Senat der Hansestadt Hamburg am 15. Mai 1973 als „rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts“ anerkannt und ihre Satzung genehmigt.

Die Stiftung wurde als „gemeinnützig“ anerkannt. Sie hat ihren Sitz in Hamburg. § 2 ihrer vom Senat genehmigten Satzung lautet:

„Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das übernommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen.“

1. Vorsitzender der Stiftung: Dr. Kurt Keßler, Spiekeroog

2. Vorsitzender: Dr. August Friedrich Ventker, Großhansdorf-Kiekut

Dem Kuratorium der Stiftung gehören an:

Prof. Dr. Felix G. Binn, Düsseldorf-Viersen

Dr. Hans Doerner, München

Dipl. Handelsl. Hildegard Gallmeister, Berlin

Dr. Bernhard Hamelbeck, Köln

Dipl. Ing. Hans Hoffmann, Bern

Direktor Heinz-Peter Neumann, Berlin

Dipl.-Ing. H. Ortmann, Osnabrück

Dr. Wilfried Staubert, Hamburg

Dr. Ludwig Stadelmann, Österreich

Dr. Johannes Vieweg, Hamburg

Dr. Hans Weitkamp, Melle

Liebe mtg-Leser,

von dieser Ausgabe der 32. Folge erscheint ein Sonderdruck als Broschüre zum Preise von DM 8,—.

Das Beilegen von Bestellkarten für mtg in Buchersendungen ist postalisch nicht zulässig. Benutzen Sie bitte bei Bestellungen von mtg die beiliegenden Zahlkarten.

Wir unterhalten einen umfangreichen Freiversand von mtg an Studenten und wissenschaftliche Institute. Unterstützen Sie bitte diese Aufgabe durch Übernahme von Patenschaftsabonnements (DM 10,—) und Angabe von Interessierten.

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. Hamburg

1. Vors. Prof. Dr. Felix G. Binn

Geschäftsstelle:

465 Gelsenkirchen-Horst

Postfach 3

Die „SOZIALWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT“ hat zum Ziel, im Vorteld der auch heute noch durch irrtümliche Theorien fehlgeleiteten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Erkenntnisse eine sachliche und grundlegende Klärung zu erreichen.

● Sie bekennt sich zu den Grundsätzen

der Respektierung der Menschenwürde der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern einer freien, nicht durch Monopole und Machtinteressen verfälschten Marktwirtschaft der Völkerverständigung und des inneren und äußeren Friedens

● Sie organisiert, publiziert, diskutiert

Wochen- und Wochenend-Tagungen von akademischem Rang

Kurse populärwissenschaftlicher Art

Schriftenreihen, Sonderdrucke

theoretische, grundsätzliche Tagesfragen

● Wir wenden uns an Frauen und Männer

aller Schichten, die aufgeschlossenen Sinnes und Geistes sind und laden dabei auch Sie zur Mitarbeit ein bei Fragen

der Bildung und Kultur

der Staats- und Wirtschaftspolitik

der Problematik des Bodenrechts und der Geld- und Währungspolitik

Die Bezugsgebühren (3 Folgen DM 12,—) bitten wir zu überweisen an

Stiftung für Persönliche Freiheit

und Soziale Sicherheit

Redderblock 58

2000 Hamburg 73

Postscheckkonto Hamburg 922-200

oder an die

Hamburger Sparkasse 1017/247 618

(BLZ 200 505 50)

In der Schweiz:

Postscheckkonto Bern 30-30776

Mit freundlichem Dank
Ihre mtg-Redaktion

